



Protokoll

37. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 31. Mai 2001

10.00–12.00 / 14.00 – 17.10 Uhr

Abwesend Vormittag:

Baumann Urs, Joset Marc, Lusser Gerold, Pegoraro Sabine, Portmann Heidi, Van der Merwe Judith, Wyss Pascal und Ziegler Röbi

Abwesend Nachmittag:

Baumann Urs, Hilber Franz, Joset Marc, Lusser Gerold, Meier Mirko, Pegoraro Sabine, Portmann Heidi, Van der Merwe Judith und Ziegler Röbi

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Maurer Andrea, Troxler Urs und Amsler Ursula

Index

Dringliche Vorstösse 1017, 1021
Traktandenliste, zur 1009
Überweisungen des Büros 1008, 1018

Traktanden

1	2000/252	Berichte des Regierungsrates vom 5. Dezember 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 15. Mai 2001: Wirtschaftsbericht 2000 Kanton Basel-Landschaft zur Kenntnis genommen	1009	10	2001/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Behebung des Mangels an Arbeitskräften	<i>überwiesen und abgeschrieben</i>	1023	
2	2001/064	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung einer Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	<i>als Postulat überwiesen</i>	1015	11	2001/119	Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 26. April 2001: Erteilung von Arbeitsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	<i>erledigt</i>	1023
3	2000/099	Interpellation der FDP-Fraktion vom 4. Mai 2000: Resultate der Wirtschaftsförderung im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 27. März 2001	<i>erledigt</i>	1016	12	2001/075	Interpellation der SP-Fraktion vom 22. März 2001: Zukunft der Arbeitsplätze bei Adtranz/Railcor Pratteln. Antwort des Regierungsrates	<i>beantwortet</i>	1023
3a	2001/152	Interpellation der SP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Massiver Stellenabbau bei Roche - Konsequenzen für unsere Region. Antwort des Regierungsrates	<i>erledigt</i>	1017	13	2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	<i>überwiesen</i>	1025
28	Fragestunde	<i>alle Fragen beantwortet</i>	1018	14	2001/049	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Wirtschaftsbericht betreffend strategische Ziele der Universität Basel. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	<i>erledigt</i>	1025	
4	2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	<i>überwiesen</i>	1022	15	2001/113	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel	<i>erledigt</i>	1025
5	2001/066	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Elektrizitätsmarktöffnung: Anpassung der kantonalen Gesetzgebung	<i>überwiesen</i>	1022	16	2001/076	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Neue Verwendungszwecke für stillgelegte Industrie- und Bahnhofareale. Schriftliche Antwort vom 15. Mai 2001	<i>erledigt</i>	1025
6	2001/117	Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	<i>überwiesen</i>	1022	17	2001/112	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	<i>als Postulat überwiesen</i>	1026
7	2001/067	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftssicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"	<i>überwiesen</i>	1023	18	2001/115	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareale	<i>überwiesen</i>	1027
8	2001/133	Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben	<i>überwiesen</i>	1023	19	2001/077	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Standortfaktor Steuern. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	<i>erledigt</i>	1027
9	2001/045	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung	<i>überwiesen</i>	1023	20	2001/118	Interpellation der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Konjunkturgerechte Finanzpolitik. Antwort des Regierungsrates	<i>beantwortet</i>	1027

21 2001/051
Interpellation von Hanspeter Frey vom 22. Februar 2001: Belchentunnel Sanierungsstollen, Fragen zum Planungsablauf. Mündliche Antwort des Regierungsrates
beantwortet 1028

22 2001/037
Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Einen "Backbone" für die Baselbieter Kommunikationsnetze
überwiesen 1029

23 2001/041
Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Wann kommt der Container-Terminal im Birsfelder Hafen?. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001
erledigt 1029

24 2001/111
Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"
überwiesen 1030

25 2001/114 Motion von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe
als Postulat überwiesen 1031

26 2001/116
Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Optimierung des kantonalen Bewilligungswesens (Verkürzung der Bearbeitungszeiten)
überwiesen 1031

27 2001/141
Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Gesetz über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung
abgelehnt 1032

Folgende Traktanden werden am 7. Juni 2001 behandelt

29 2000/092
Berichte des Regierungsrates vom 18. April 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 11. Mai 2001: Sozialhilfegesetz. 1. Lesung

30 2001/121
Interpellation von Helen Wegmüller vom 26. April 2001: Sozialhilfegesetz. Mündliche Antwort des Regierungsrates

31 2001/103
Berichte des Verwaltungsgericht vom 6. April 2001 und der Justiz- und Polizeikommission vom 7. Mai 2001: Teilweise Weiterführung der Massnahmen zum Abbau der Pendenzen am Verwaltungs- und Versicherungsgericht

32 2001/103
Wahl von zwei a.o. Vizepräsidenten des Versicherungsgerichtes mit Pensen von je 40% und eines a.o. Vize-

präsidenten des Versicherungsgerichtes mit einem Pensum von 20% für den Rest der Amtsperiode vom 1. Juli 2001 bis 31. März 2002

33 2001/018
Berichte des Regierungsrates vom 16. Januar 2001 und der Bau- und Planungskommission vom 21. Mai 2001: Aktion "Spray away", Beseitigung von Sprayereien und Schutzmassnahmen an kantonseigenen Objekten und Einrichtungen

34 2000/157
Berichte des Regierungsrates vom 22. August 2000 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 10. Mai 2001: Revision des Gesetzes über den Gewässerschutz vom 18. April 1994. 1. Lesung

35 2000/193
Berichte des Regierungsrates vom 17. Oktober 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 14. Mai 2001: Sieben kleinere organisatorisch-juristisch-sprachliche Änderungen im Bereich der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste / Änderung des Spitalgesetzes und des Spitaldekretes. 1. Lesung

36 2001/081
Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Geplanter Ausbau der Fernwärme Liestal. Antwort des Regierungsrates

37 2001/082
Interpellation von Alfred Zimmermann vom 22. März 2001: Dem Baselbieter Wald geht es schlecht. Mündliche Antwort des Regierungsrates

38 2001/046
Postulat von Esther Maag vom 22. Februar 2001: Viel Arbeit, viel Ehre(?) - wenig Qualifikation

39 2001/071
Postulat von Thomas Haegler vom 22. März 2001: Förderung der Oeko- Landwirtschaftsbetriebe im Baselbiet

40 2001/074
Interpellation von Sabine Stöcklin vom 22. März 2001: Aktuelle Probleme der abstinentenorientierten Drogen-therapieeinrichtungen. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001

41 2001/144
Bericht der Landeskantlei vom 21. Mai 2001: Anlobung von Isaac Reber als Mitglied des Landrates

42 2001/153
Interpellation von Dieter Völlmin vom 31. Mai 2001: Stauraum für 350 Lastwagen zwischen Lausen und Sissach. Antwort des Regierungsrates

Nr. 1065

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Peter Brunner** begrüsst die Mitglieder des Landrates und der Regierung, die Mitarbeitenden der Landeskantlei, die Medienvertreter sowie die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne herzlich zur heutigen Landratssitzung.

*

Runder Geburtstag

Peter Brunner gratuliert *Heidi Tschopp* zu ihrem runden Geburtstag und überreicht ihr ein kleines Geschenk. Es war dies der letzte runde Geburtstag während seiner Amtszeit als Landratspräsident.

*

Eidgenössisches Feldschiessen vom 19. Mai 2001

Der Landratspräsident berichtet, an diesem Anlass hätten drei Mitglieder des Büros teilgenommen. Er schildert, all seine Bemühungen seien hoffnungslos gewesen, denn obwohl er nach links und rechts gezielt habe, sei es ihm nicht zur vollen Zufriedenheit gelungen, das Ziel in der Mitte zu treffen. Ernst Thöni habe sein Glück ebenfalls versucht, auch er sei jedoch im Rennen um den Titel gegen *Daniela Schneeberger* ausgeschieden. Aus diesem Grund wird Daniela Schneeberger von den beiden "Geschlagenen" an der heutigen Sitzung ein "Ehrenkranz" überreicht.

*

Rücktritte aus dem Landrat

Hochgeachteter Herr Landratspräsident
Hochgeachtete Damen und Herren im Landrat
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Mit diesen Zeilen bitte ich Sie, meinen Rücktritt aus dem Landrat des Kantons Basel-Landschaft per 15. Juni 2001 zu genehmigen und zur Kenntnis zu nehmen.

Schon bei den letzten Wahlen habe ich angekündigt, dass ich die Legislatur nicht beenden würde. Meine Nachfolgerin hat sich seither auch bereits wacker vorbereitet, und schon deshalb möchte ich nicht wortbrüchig werden, obwohl dies in den Augen vieler Mitbürger für Politiker keine Ungewöhnlichkeit wäre – was natürlich überhaupt nicht stimmt.

Als bereits "reifer Mann" durfte ich Landrat werden. Als solcher habe ich die Lebensphasen des aktiven Gewerblers, jene des Jungbetagten und die des Betagten und Rentners erfahren. Bisweilen habe ich auch entsprechende Standpunkte vertreten, zwar ohne ein Panther irgendwelcher Farbe zu werden, aber immerhin.

Es freut mich, nun feststellen zu können (ich bleibe beim Tierischen), dass ich keine Wunden zu lecken habe. Im Gegenteil, ich durfte sogar in meinen schlechtesten Stunden eine Fairness erfahren, die für mich beispielhaft ist. Dafür möchte ich mich bei allen, ganz besonders aber bei Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, herzlich bedanken.

Abschliessend bedanke ich mich für die Unterstützungen, die mir aus der Landeskantlei und vielen Dienststellen zukamen. Dabei sei Heinz Rudins heimliches Superteam, das für ein reines Haus sorgt und schaut, dass im Saal Vergessenes wieder ans Ort kommt, besonders erwähnt. Dank ihm habe ich meinen mehrfach verschollenen Taschenrechner immer noch, was mich besonders froh macht, weil ich mich so an ihn gewöhnt habe.

Mit den besten Zukunftswünschen für das Parlament und unser Baselbiet und

mit freundlichen Grüssen

Hans Ulrich Jourdan

Peter Brunner wird die Würdigung des zurücktretenden Hans Ulrich Jourdan anlässlich der nächsten Landratssitzung vornehmen, nach welcher Bruno Krähenbühl und Hans Ulrich Jourdan auch einen Apéro spendieren werden.

Rücktritt aus dem Landrat per 30. Juni 2001

Geschätzter Präsident, geschätzte Regierungsrätin, geschätzte Regierungsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich scheidet aus dem Landrat mit einem lachenden und einem tränenden Auge. Einerseits wird die Belastung im Geschäft, in der Familie, in der Politik und in der Freiwilligenarbeit immer grösser. Andererseits werde ich die Freundschaften und die Atmosphäre im Landrat vermissen.

Ich bin seit über dreissig Jahren in der Politik tätig. Zuerst in der Gemeinde und dann im Kanton. Dabei habe ich viel gelernt und erfahren. Als Mitglied einer kleinen Partei habe ich nie die grossen Würfe gesucht, sondern ich habe im Kleinen gearbeitet. Besonders die Kommissionsarbeit hat mir zugesagt. Da habe ich meine Anträge eingebracht und viel Verständnis gefunden.

Danken möchte ich der Landeskantlei für ihre vorzügliche Hilfe bei der Landratsarbeit. Danken möchte ich auch der Regierung und der Verwaltung für die wohlwollende Prüfung meiner Anliegen. Einige Vorstösse sind offenbar nicht einfach zu bewältigen. Der Dank gehört auch den Medienvertretern, die ihre Arbeit unter nicht immer einfachen Verhältnissen verrichten.

Während all den Jahren habe ich immer die ökumenische Besinnung zur Eröffnung der neuen Parlaments-Session

organisiert. Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass dieser Anlass weiter durchgeführt wird. Mein Kollege Paul Rohrbach wird dies übernehmen.

Freude habe ich an meinem jungen und spritzigen Nachfolger im Landrat. Er sorgt dafür, dass der Name Jourdan im Rat weiterhin vertreten ist. Thomi wünsche ich alles Gute und viel Erfolg.

Ich bitte den Präsidenten darum, für meine Person keine Abschiedsrede vorzubereiten. Das wäre Wasser in den Ergolz getragen und ist auch nicht mein Stil. Meine Arbeit im Landrat war getragen vom Wählerauftrag und dem Dienst an unserem Kanton.

Ich wünsche Ihnen allen weiterhin alles Gute und die nötige Gesundheit und viel Freude an der politischen Arbeit.

Mit freundlichem Gruss

Theo Weller

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Peter
Liebe Landrätinnen und Landräte

Persönliche Gründe veranlassen mich, heute meinen Rücktritt aus dem Landrat per 30. Juni 2001 bekannt zu geben. Nach nur zwei Jahren rückt meine geschätzte Kollegin Agathe Schuler, wohnhaft in Binningen, nach. Ich bin glücklich zu wissen, von einer kompetenten, in der Politik versierten Frau ersetzt zu werden.

Meinen Kolleginnen und Kollegen der GPK und der Petitionskommission danke ich für die gute Zusammenarbeit. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeskanzlei möchte ich ein Kompliment aussprechen, haben sie mich doch immer mit Rat und Tat unterstützt.

Die Fraktion werde ich natürlich vermissen. Man höre, wir sind eine gute Crew. Unser Skipper Uwe hat das Steuer fest im Griff, mal Backbord, mal Steuerbord.

Den übrigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern danke ich, dass ich die Chance hatte, euch kennen zu lernen. Ich freue mich, von euch zu hören, zu lesen, in den Berichterstattungen der Damen und Herren der Presse. Auch von Ihnen möchte ich mich verabschieden.

Alles Gute für die Zukunft und eine kreative Sommerpause wünscht euch

Esther Gallacchi

Die Würdigungen von Theo Weller und Esther Gallacchi werden an der Landratssitzung vom 21. Juni 2001 vorgenommen.

*

Peter Brunner macht auf die *Expo-Informationstagung* aufmerksam, welche heute um 17.30 Uhr im Landratsaal stattfinden wird. Er bittet seine Kolleginnen und Kollegen, möglichst zahlreich daran teilzunehmen, um zu erfahren, was mit unseren Steuergeldern geschehen wird. Das Büro kann leider nicht anwesend sein, da es sich heute mit dem Büro des Grossen Rates von Basel-Stadt treffen wird.

Am Freitag, den 8. Juni 2001, findet eine *Plenarsitzung des Oberrheinrates im Landratsaal in Liestal* statt. Es wäre erfreulich, wenn möglichst viele Landratsmitglieder diese Tagung von der Tribüne aus verfolgen würden.

Die ausstehenden Anmeldungen für den *Heinrichtstag* am 13. Juli 2001 sollten möglichst bald noch abgegeben werden.

Die von den Landrätinnen und Landräten bestellten *Kantonsgeschichten* können heute bei der Landeskanzlei abgeholt werden.

*

Stimmzähler

Seite FDP:	Jacqueline Halder
Seite SP:	Patrizia Bognar
Mitte/Büro:	Roland Laube

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1066

Überweisungen des Büros

Landratspräsident **Peter Brunner** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

2001/124
Bericht des Regierungsrates vom 8. Mai 2001: Standesinitiative für "Vollkantone" Basel-Landschaft und Basel-Stadt; **an die Justiz- und Polizeikommission**

2001/125
Bericht des Regierungsrates vom 8. Mai 2001: Finanzielle Unterstützung des Naturschutzzentrums "Les Cerlatez" in Saignelégier; **an die Umweltschutz und Energiekommission**

2001/126
Bericht des Regierungsrates vom 8. Mai 2001: Postulat betreffend Vernünftige Anwendung von Umweltvorschriften vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen; Abschreibung; **an die Umweltschutz- und Energiekommission**

2001/127

Bericht des Regierungsrates vom 8. Mai 2001: Gesetz über den Schutz und die Erforschung von archäologischen Stätten und Objekten (Archäologieggesetz); **an die Erziehungs- und Kulturkommission**

2001/128

Bericht des Regierungsrates vom 8. Mai 2001: Verpflichtungskredit für Beiträge an die Arbeiten zur Wiederherstellung der Schäden im Wald verursacht durch den Orkan "Lothar"; **an die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission**

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1067

Zur Traktandenliste

Maya Graf beantragt, für die Fortsetzungssitzung vom 7. Juni 2001 ein weiteres Traktandum aufzunehmen. Es handelt sich dabei um die Vorlage 2001/144 (Nachrücker in den Landrat/Anlobung von Isaac Reber, Sissach, Grünes Bündnis), damit ihr Nachfolger ab der nächsten Sitzung für die Grünen weiterarbeiten kann.

://: Die Aufnahme der Vorlage 2001/144 auf die Traktandenliste für die nächste Sitzung vom 7. Juni 2001 ist unbestritten.

Rita Bachmann verweist auf das Geschäft Nummer 29 auf der gemeinsamen Traktandenliste für die heutige und die nächste Landratssitzung. Sie ging immer davon aus, dass das Sozialhilfegesetz erst am 7. Juni 2001 behandelt werde und bittet, die Beratung noch nicht heute durchzuführen.

://: Auch dieser Antrag ist unbestritten.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1068

1 2000/252

Berichte des Regierungsrates vom 5. Dezember 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 15. Mai 2001: Wirtschaftsbericht 2000 Kanton Basel-Landschaft

Kommissionspräsidentin **Rita Bachmann** berichtet, beim vorliegenden Wirtschaftsbericht handle es sich um einen Folgebericht zur Vorlage 97/113, welche verlangte, dem Landrat in der Regel alle drei Jahre einen Bericht zur Wirtschaftslage im Kanton Basel-Landschaft vorzulegen. Darin soll auch die Arbeitssituation der Frauen angemessen berücksichtigt werden. Die aktuelle Vorlage 2000/252 sei inzwischen bereits wieder ein gutes halbes Jahr alt, aus

der Sicht von manchem Wirtschaftsvertreter also bereits etwas veraltet. Zudem kann der Landrat diesen Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen.

Wäre es nach der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission gegangen, hätte diese bereits anschliessend an die Anhörung vom 17. Januar 2001 über die Vorlage befunden. Da aber noch die gemeinsame Wirtschafts- tagung mit Basel-Stadt vom 24. März 2001 stattfand, an deren Vorbereitungen Rita Kohlermann, Vizepräsidentin der VGK, mitbeteiligt war, erfuhr die Kommissionsberatung des Wirtschaftsberichts eine starke Verzögerung. Auch in diesem Sinne also habe Partnerschaft ihren Preis.

Gerade der statistische Teil im Wirtschaftsbericht beider Basel 2000 belege eine sehr erfreuliche Entwicklung, auf welche man stolz sein dürfe. Die Wirtschaftsregion Basel habe sich nach einem konjunkturellen Einbruch zu Beginn der 90er-Jahre in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts stärker erholt als in der übrigen Schweiz. So zeigt der statistische Teil, dass die Region beider Basel zu den wachstumsstärksten Regionen Europas gehört. Mit einem Bruttoinlandprodukt von 33'000 US \$ pro Kopf liegt unsere Region um gut 50 % über dem schweizerischen Durchschnitt. Im Gegensatz zur Vorlage weist der statistische Teil übrigens gutes Zahlenmaterial zur Situation der Frauen auf.

Der vorliegende Wirtschaftsbericht wurde anlässlich der Kommissionsberatung im Bezug auf die Konkretisierung als eher mager taxiert. Er setze auf so genannt weiche Faktoren wie "Familie und Wirtschaft", "Bildung", "Berufschau" und "Tourismus". Mit der heute anschliessenden Beratung von über zwanzig Vorstössen bezwecken speziell die grossen Fraktionen, diesen Mangel zu beheben und zusätzliche neue Impulse zu geben.

An dieser Stelle geht die Kommissionspräsidentin speziell auf einen Impuls, auf den Punkt 4.6.2 der Vorlage ("Familie und Beruf") ein. Mit einem Impulsprogramm "Familie und Beruf" soll – ähnlich wie in der Vorlage 97/113 mit den Impulsprogrammen "Chance" und "Qualifikation" – ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden. Es soll eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden. Vordringliches Ziel ist es, mehr Krippenplätze für Kinder zwischen 0 und 5 Jahren zu schaffen. Eine Publikation des Frauenrats und der Fachstelle für Gleichstellung (Autoren: Peter Epple und Simone Peter) unter dem Titel "Glückliche Eltern – betreute Kinder" vom April 2000 zeigt den speziell grossen Bedarf für die oben erwähnte Altersgruppe auf. Hier einige Zitate aus diesem Bericht:

"Der Vergleich von ausgewiesenem Bedarf und Angebot zeigt, dass die familienergänzende Betreuung vor allem in der Kategorie der 0- bis 5-Jährigen grosse Lücken aufweist. Die errechnete Angebotslücke von 627 Betreuungseinheiten stellt gerade in dieser Kategorie der Kleinkinder das Minimum an zusätzlich anzubietender Kapazität dar, zumal die Schätzung als vorsichtig bezeichnet werden darf. Rund das Dreifache, nämlich 1'845 Betreuungseinheiten wären erforderlich, damit sämtliche Frauen wenigstens teilzeitlich erwerbstätig bleiben könnten und nicht vollständig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssten."

Bei den 3 Mio. Franken, welche die Regierung aus dem Wirtschaftsförderungsfonds sprechen will, handelt es sich um eine Anschubfinanzierung, um das Krippenangebot zu verbessern. Dabei gehe man davon aus, dass die Wirtschaft selbst bei der Schaffung von neuen Betreuungsplätzen aktiv werde. Zudem will die Regierung die nächsten beiden Berufsschauen 2001 und 2003 ebenfalls mit einem Beitrag aus dem Wirtschaftsförderungsfonds unterstützen. Laut Wirtschaftsbericht stehen bis 2004 vom Bund 1,4 Mio. Franken für verschiedene Projekte im Zusammenhang mit dem Lehrstellenbeschluss II zur Verfügung.

Man dürfe sich heute sicherlich über das Erreichte freuen, wenn auch die Verwaltung nicht zu 100 % dafür verantwortlich gewesen sei. Die Weichen für eine weiterhin starke Region Nordwestschweiz sollen laufend überprüft und neu ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang zitiert Rita Bachmann Dr. Hanspeter Weisshaupt aus seiner Rede anlässlich der gemeinsamen Tagung des Grossen Rates und des Landrates am 24. März 2001:

"Für einmal scheint nicht der erste, sondern der letzte Schritt der anspruchsvollste zu sein."

Der französische Zukunftsforscher Jean Fourastie sagte:

"Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten."

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission empfiehlt dem Landrat einstimmig, den Wirtschaftsbericht 2000 zur Kenntnis zu nehmen.

Eric Nussbaumer informiert, die SP-Fraktion bewerte die vorliegenden Berichte etwas differenzierter. Der statistische Bericht einerseits sowie der Bericht der Regierung andererseits bilden im Grunde genommen gemeinsam den Wirtschaftsbericht 2000 des Kantons Basel-Landschaft. Der statistische Teil des Berichts wurde in der SP-Fraktion sehr gut aufgenommen, denn dieser stelle eine gute Grundlage für die regierungsrätliche Arbeit bezüglich der wirtschaftspolitischen Herausforderungen dar. Der statistische Bericht zeige die Verbindungen zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen deutlich auf. Neben vielen erfreulichen Punkten sei in diesem Bericht beispielsweise auch festgehalten, dass das Arbeitsvolumen in unserer Region stagniere und das wirtschaftliche Wachstum nur noch über die Stundenproduktivität erreicht werde. Diese Aussage sollte sowohl Regierung als auch Parlament zu mehr Denkarbeit bewegen, denn die Zitrone der Stundenproduktivität sei früher oder später ausgepresst.

Der regierungsrätliche Wirtschaftsbericht stellt den zweiten Teil des Wirtschaftsberichts 2000 dar. Dieser sollte eine Analyse der wirtschaftlichen Situation beinhalten und Zielkonflikte benennen sowie Handlungsspielräume der Politik aufzeigen. Der Regierungsrat selbst stelle in seiner Einleitung fest, man wolle mit dem statistischen Grundlagematerial die Situation beurteilen und strategische Absichten umreissen. Beim Lesen des Wirtschaftsberichts im Hinblick auf die eigene Zielsetzung des Regierungs-

rates zeigt sich jedoch, dass es sich um einen sehr dürftigen Bericht handle. Aus Sicht der SP sei er sogar ungenügend und in den Worten von Eric Nussbauers Sohn könnte man sagen, jemand habe eine nasse Zündschnur gehabt, wenn aus den vielen vorliegenden Fakten ein derart schwacher Bericht resultiere.

Der Wirtschaftsbericht habe nicht viel mehr als den Charakter eines Amtsberichts. Die Handlungsfelder wurden nach Meinung der SP mangelhaft ausgearbeitet und Zielkonflikte zwischen Ökologie, Lebensqualität und wirtschaftlicher Tätigkeit seien nicht einmal angesprochen. Eine Konkretisierung fehle. Schlussendlich gehen nur zwei konkrete Punkte aus dem Wirtschaftsbericht hervor: Man wolle einerseits die Berufsschau finanziell unterstützen und andererseits ein Impulsprogramm zum Thema "Familie und Beruf" lancieren. Es sei schade, dass man nur zu zwei Handlungsansätzen gekommen sei, auch wenn die SP mit diesen selbstverständlich einverstanden sei.

Das von der Regierung geplante Impulsprogramm "Familie und Beruf" soll mit Geldern aus dem Wirtschaftsförderungsfonds finanziert werden. Laut Gesetz können mit dem Wirtschaftsförderungsfonds flankierende Massnahmen im Sinne der kantonalen Wirtschaftsförderung finanziert werden. Laut Dekret sind darunter interkantonale Gemeinschaftsprojekte, Wirtschaftsstudien, Ausstellungsbeteiligungen, Werbematerial, Auskunftsunterlagen und auch zinsgünstige Darlehen zu verstehen. Nirgendwo ist laut Eric Nussbaumer ein Punkt zu finden, welcher die Finanzierung des Impulsprogramms aus dem Wirtschaftsförderungsfonds auch nur ansatzweise vorsieht. Es schein daher, dass die Regierung die Aufgabenstellung "Familie und Beruf" nicht finanzpolitisch angehen will, um diese eher im Sinne eines zweiten Lotteriefonds selbst zu gestalten. Die SP beantragt daher folgende Ergänzung des Beschlussantrags:

1. *Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Für die Umsetzung des Impulsprogramms "Familie und Beruf" wird für die Jahre 2002 bis 2005 zu Lasten Konto Nr. x ein Verpflichtungskredit von 4 Millionen Franken bewilligt.*
3. *Vor Ablauf des Impulsprogramms liegt ein Evaluationsbericht der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung vor.*
4. *Die Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.*

Mit dem Verpflichtungskredit soll klar gemacht werden, dass es sich hier nicht nur um eine flankierende, kurzfristige Massnahme handeln könne. Es sei sicher auch sinnvoll, ein Evaluationsbericht zu erstellen. Die SP will vom Wirtschaftsbericht 2000 Kenntnis nehmen, jedoch müsse man noch einen Schritt weiter gehen. Eric Nussbaumer bittet den Landrat, den obenstehenden Antrag zu unterstützen.

Rita Kohlermann beginnt ihr Votum mit einigen Vorbemerkungen zum Sinn eines Wirtschaftsberichts. Der

erste Bericht erschien bekanntlich 1994, in einer Zeit, als die Arbeitslosenzahlen wegen der wirtschaftlich rezessiven Phase stiegen. Damals lagen im Landrat über 40 Vorstösse vor, so dass sich der Regierungsrat dazu gezwungen sah, mit einer Stellungnahme für den Landrat eine Übersicht zu verschaffen. Es wurde daraufhin der Wunsch nach einem zweiten Wirtschaftsbericht geäussert, welcher 1997, wiederum begleitet von einer grossen Zahl von Vorstössen, erschien. Auch wenn die wirtschaftliche Lage damals noch immer schwierig war, zeitigten eingeleitete Massnahmen doch bereits erste Resultate (beispielsweise die RAVs). Damals verabschiedete der Landrat die Forderung, es sei nun alle drei Jahre ein Wirtschaftsbericht vorzulegen.

Heute nun dreht sich die Diskussion um den dritten Wirtschaftsbericht, welcher sich in einem ausgezeichneten wirtschaftlichen Umfeld präsentieren kann. Neu war der Bericht zeitlich mit Basel-Stadt abgesprochen, die sehr guten statistischen Unterlagen wurden von beiden Statistischen Ämtern zur Verfügung gestellt und die Regierung stellte den Bericht im letzten Dezember gemeinsam mit der Regierung Basel-Stadt vor, was dem Bericht bereits dannzumal Öffentlichkeit verlieh. Last but not least haben es die beiden Parlamente fertig gebracht, eine gemeinsame Anhörung durchzuführen.

Die Wirtschaftsberichte haben das Parlament jeweils gezwungen, sich mit der wirtschaftlichen Situation auseinander zu setzen. In der kurzen Zeitspanne von sieben Jahren, in welcher nun Wirtschaftsberichte erstellt werden, waren die Ausgangslagen für jeden der drei Berichte ganz unterschiedlich. Sie haben eine Vertiefung und einen Überblick über das wirtschaftliche Geschehen in unserem Kanton gebracht und zudem tragen sie zum gegenseitigen Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft bei. Anhörungen von Wirtschaftsvertretern mit beiden Parlamenten werden sicher auch in Zukunft wichtige Elemente bleiben.

Gerade im Zeitalter der globalisierten Wirtschaft müsse beachtet werden, dass sich Politik und Wirtschaft nicht noch weiter voneinander entfernen. Dem engen Kontakt zur Wirtschaft komme daher grosse Bedeutung zu. Die im Landrat entwickelte politische Kultur müsse diesbezüglich weitergeführt und verbessert werden, denn dies könne dem Kanton nur zugute kommen. Gerade vor dem Hintergrund der Hiobsbotschaft im Zusammenhang mit dem Stellenabbau bei Roche sei dies besonders wichtig. Die FDP-Fraktion sei betroffen von dieser Mitteilung und fühle mit den Mitarbeitenden, welche in ein Entlassungsprogramm aufgenommen werden. Die FDP-Fraktion hofft dabei, dass Roche die soziale Verantwortung wahrnimmt und der Stellenabbau sozial verträglich stattfinden kann. Im Übrigen teile man die Haltung der Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt in dieser Frage. Dank der heutigen guten Wirtschaftslage sollten sowohl neue Stellen gefunden als auch neue geschaffen werden können. Dazu sind entsprechende Rahmenbedingungen und das wirtschaftspolitische Engagement des Parlaments nötig.

Auch die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Wirt-

schaftsbericht auseinander gesetzt, welcher eine gute Übersicht über die aktuelle wirtschaftliche Situation im Kanton gibt. Die Akzente "regionale Infrastruktur", "Bildung", "Soziales und Gesundheit", "Sicherheit", "Finanzen und Steuern" werden dabei richtig gesetzt und zusammen mit dem statistischen Teil bildet der Bericht eine gute Grundlage zur Beurteilung der politischen Lage in beiden Kantonen. Mit Genugtuung dürfe man heute zur Kenntnis nehmen, dass Basel-Landschaft wiederum ein attraktiver Standort geworden sei. Der Strukturwandel in der Wirtschaft geht jedoch weiter und die Konkurrenz unter den Standorten sei gross. Es bleibt den Parlamenten daher nichts anderes übrig, als die Entwicklung weiterhin zu beobachten und möglichst schnell zu reagieren.

Das übergeordnete Ziel, die Standortqualität zu erhalten und zu fördern sowie die Rahmenbedingungen zu verbessern, wird auch von der FDP unterstützt. Es handelt sich dabei laut FDP jedoch um nichts Weiteres als eine Absichtserklärung, denn die konkreten Massnahmen fehlen. Damit kann sich der Bericht auch zu wenig gegenüber dem Amtsbericht abgrenzen. Die ganze Thematik sei zu wichtig, als dass sie zu einer reinen Pflichtübung werden dürfe. Die FDP hätte erwartet, dass der Bericht Stärken und Schwächen aufzeige und analysiere und daraus Massnahmen ableite. Im vorliegenden Bericht werden zwar durchaus Schwachstellen aufgezeigt, Massnahmen folgen jedoch nicht. Die Vorschläge für den Bereich "Familie und Beruf" bezeichnet Rita Kohlermann als gut, aber auch hier sei der Konkretisierungsgrad noch zu wenig weit ausgearbeitet, als dass endgültig über die Massnahmen geurteilt werden könnte.

Die FDP-Fraktion hat selbst eine Analyse der Stärken und Schwächen vorgenommen und daraufhin ein Paket an Vorstössen erarbeitet. Rita Kohlermann spricht grundsätzlich ihre Zufriedenheit über das gesamte Vorstosspaket aus, denn damit bekomme man doch etwas "Fleisch an den Knochen". Die Vorstösse der FDP betreffen die vier wichtigsten Standortfaktoren Bildung, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Finanzen/Steuern. Erfreulicherweise nehme die Regierung alle Vorstösse bis auf einen entgegen. Dadurch bestätigt sich, dass die FDP in ihrer Analyse richtig lag.

Die FDP-Fraktion nimmt den Wirtschaftsbericht trotz allem positiv zur Kenntnis und bittet den Regierungsrat, in drei Jahren wiederum einen Bericht vorzulegen, welcher die Stärken-Schwächen-Analyse des Wirtschaftsstandorts vornimmt und konkretere Massnahmen daraus ableitet. Zudem soll der Bericht auch wieder zeitlich mit Basel-Stadt abgestimmt werden und es soll erneut eine gemeinsame Sitzung mit dem Grossen Rat stattfinden.

Der Antrag der SP sei bereits aus den Kommissionsberatungen bekannt gewesen, jedoch lehne die FDP diesen ab. Erstens fehle heute noch der Konkretisierungsgrad der verschiedenen Projekte und zudem sei man überzeugt, dass der Einsatz von Mitteln aus dem Wirtschaftsförderungsfonds für das Impulsprogramm "Familie und Beruf" durchaus Sinn mache.

Patrizia Bognar musste sich im Rahmen des Wirtschafts-

berichts immer wieder anhören, wie gut es unserer Wirtschaft im Grunde genommen gehe. Diese Äusserungen könne sie so nicht stehen lassen. Sie sei überzeugt, dass es den grossen Unternehmen einigermaßen gut gehe und dass sich diese weiter vergrössern werden, während kleine Firmen weiteren Veränderungen ausgesetzt sind. Beispielsweise in Deutschland werden beim Generationenwechsel viele Handwerksbetriebe verschwinden, da viele der Jungen nicht mehr bereits seien, diese weiterzuführen.

Die CVP/EVP-Fraktion nehme den Wirtschaftsbericht murrend zur Kenntnis. Trotzdem sei man jedoch froh, dass die Regierung der Versuchung widerstanden sei, ein unrealistisches, visionäres Papier vorzulegen, welches inzwischen längst überholt wäre. Die im Bericht präsentierten Massnahmen (Impulsprogramm "Familie und Beruf", Tourismus und Berufsschau) werden von der CVP/EVP-Fraktion unterstützt. Die Berufsschau komme dem Anliegen von Remo Franz entgegen, welcher eine Aufwertung der handwerklichen Berufe fordert.

Nach den Informationen der Roche hat Patrizia Bogner den Eindruck, es werde zwar viel für die Wirtschaft getan, das Meiste jedoch komme den Aktionären und nicht der Wirtschaft zugute. Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und sozialen Begehren sei gross, dazu gehören Themen wie Stellenabbau oder das Feld der Working poor. Es wäre an der Zeit, darüber nachzudenken, wie die Wirtschaft und die Politik wieder näher zueinander finden könnten, denn die Wirtschaft bestimmt zu einem grossen Teil das Schicksal unseres Kantons.

Jörg Krähenbühl zeigt zwei Varianten auf, wie man im Parlament auf einen Bericht reagieren könne. Es gebe Personen, welche zu allen Themen einen Vorstoss oder eine Interpellation einreichen, als ob man damit die Verwaltung beschäftigen wolle. Die SVP wählt jedoch eher den Weg, sich im Parlament zu Wort zu melden. Der Wirtschaftsbericht 2000 könnte mit folgendem Untertitel versehen werden: Zu viel Altbekanntes, zu wenig Visionäres.

Aus Jörg Krähenbühls Sicht stellt der Wirtschaftsbericht eine sehr gute Auslegeordnung und Standortbestimmung dar, wenn auch ein ansehnlicher Teil bereits in einem der letzten Berichte hätte stehen können. Höchst unzufrieden jedoch zeigt er sich mit dem Kapitel "Wirtschaftlicher Ausblick". Dieses gleiche der Seminararbeit eines Studenten, welcher zitiert und zusammenfasst, was andere schon längst beschrieben haben, gefolgt von einem Literaturverzeichnis. Wie sich die einzelnen Feststellungen auf unseren Kanton und unsere Region auswirken, sei nirgends festgehalten. Gerade in diesem Kapitel wäre es wichtig gewesen, einzelne Leitlinien und Zielvorgaben für die nächste Zukunft zu erarbeiten. Für einen nächsten Bericht sei wahrscheinlich eine "Visions-Kommission" notwendig, welche einzelne Aufgaben losgelöst vom behördlichen Alltag angeht und zukunftsgerichtete Ziele, Massnahmen und Ideen entwickelt.

Im vorliegenden Bericht werde verschiedentlich die Partnerschaft, insbesondere diejenige zum Kanton Basel-

Stadt, beschworen. Für Jörg Krähenbühl stellt das Thema Partnerschaft eines der Schlüsselprobleme dar, um die Zukunft für uns und unsere Region gut lösen zu können. Es sei wichtig, die Kräfte zu sammeln und nicht in utopische Wiedervereinigungsbestrebungen zu investieren. Probleme müssen zwar gemeinsam angegangen werden, in der Partnerschaftsdiskussion jedoch drehen sich die Fragen viel zu wenig um Aspekte wie Kompatibilität und echte Zusammenarbeit. So werde in der Stadt eine Schulreform durchgezogen, ohne dass die Region in die Diskussionen einbezogen worden wäre. Es werde eine Verkehrspolitik betrieben, ohne dass das Umfeld oder die Region befragt würde. Die negativen Auswüchse jedoch müssen von der gesamten Region mitgetragen werden. Jörg Krähenbühl bittet daher die Regierung, die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt weiter zu verbessern, denn das Partnerschaftsproblem sei nicht primär ein Finanzproblem, sondern eine Frage des Klimas und des gegenseitigen Umgangs.

Erstaunt zeigt sich Jörg Krähenbühl darüber, wie wenig Schatten die Umsetzung der bilateralen Verträge im Bericht vorausgeworfen haben. Der Kanton setze sich zu wenig mit den möglichen Auswirkungen der Verträge auf unsere Region auseinander. Als Beispiel nennt Jörg Krähenbühl die Personenfreizügigkeit. Es wurde kein Szenario ausgearbeitet, wie man darauf reagieren würde, dass das Elsass oder Süddeutschland für BaselbieterInnen als Wohnstandort attraktiv werden könnte. Es wäre auch möglich, dass Baselbieter Firmen ihre Produktion an neuen Standorten einrichten.

Im Bericht wurde klar hervorgehoben, dass bei der Unternehmensbesteuerung ein grosser Anpassungsbedarf besteht. Kürzlich führte der Finanzminister aus, man müsse zuerst abwarten, wie sich die Streichung der Erbschaftssteuer auswirken werde. Die Antwort jedoch müsste lauten, man wolle nun nicht mehr länger abwarten, sondern handeln, zumal die Unternehmenssteuerbeträge in den letzten Jahren offensichtlich laufend angestiegen seien.

Zusammenfassend betont Jörg Krähenbühl, man müsse von Tatsachenbeschreibungen wegkommen und handeln sowie Visionen beschreiben. Nur so hätte der Wirtschaftsbericht einen Langzeitwert.

Aus den gleichen Gründen, wie sie Rita Kohlermann bereits genannt hat, lehnt auch die SVP den Antrag der SP ab. Man müsse zuerst eine konkrete Vorstellung haben, bevor man Forderungen aufstellen könne. Im Allgemeinen nimmt die SVP den aktuellen Bericht zur Kenntnis.

Heinz Mattmüller bringt die Meinung der Schweizer Demokraten zum Ausdruck, ohne jedoch auf alle Themen im Speziellen einzugehen, da einige der Themen auch noch Gegenstand der anschliessenden Traktanden sein werden. Die Regierung zeige im vorliegenden Bericht ihre Bestrebungen auf, die Standortgunst im Kanton Basel-Landschaft zu fördern. Die Wirtschaftstagung von vergangem März habe gezeigt, wie wichtig dieses Thema sei.

Es darf festgestellt werden, dass der Kanton Basel-Landschaft in den letzten Jahren im Bezug auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen mustergültig vorgegangen sei, weshalb heute wieder Vollbeschäftigung herrsche. Trotzdem müsse man sich fragen, ob jedes Geschäft, welches sich anbietet, auch gemacht werden müsse. Die Schweizer Demokraten zeigen wenig Verständnis für die wiederkehrenden Forderungen der Wirtschaft nach Öffnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Regierungsrat betone, dass unser Bildungswesen der hochentwickelten Wirtschaft die qualifizierten Fachkräfte liefern sollte. Es sehe aber danach aus, als ob diese Maxime noch nicht erreicht sei. Im Sog der Globalisierung stelle die Wirtschaft oftmals auch Fachpersonen aus Billiglohnländern ein. Diesem Trend muss entgegengetreten werden.

Schon immer haben die Schweizer Demokraten eine attraktive Bevölkerungspolitik seitens des Parlaments und des Regierungsrates vermisst. Zumindest existieren jedoch Projekte und Gesetzesentwürfe, welche auf Themen wie Schule, Ausbildung, Immigration und Altersstruktur eingehen. Auch die Schweizer Demokraten unterstützen die Forderung nach existenzsichernden Löhnen und nach einem System, welches Dumpinglöhne verhindert. Hierzu werden im Bericht leider keine politischen Absichten geäußert.

Beim Thema Umwelt legt die Regierung Wert auf die Feststellung, dass Nachhaltigkeit auch im Bereich der Lebensgrundlagen erwünscht sei. Dieser Meinung können sich die Schweizer Demokraten vollumfänglich anschließen.

Bei den Steuern falle auf, dass die natürlichen Personen wesentlich mehr an Einkommenssteuern abliefern als die juristischen. In einzelnen Gemeinden sei dieses Verhältnis sehr drastisch. Es sei daher nicht mehr als recht, dass bezüglich der Steuerbelastung auf Familien und ältere Personen Rücksicht genommen werde. Dieses Politikum werden auch die Schweizer Demokraten weiter im Auge behalten. Bei allen Massnahmen, welche das Wohl der Wirtschaft und deren Prosperität in den Vordergrund stellen, möchten die Schweizer Demokraten daran erinnern, dass sich der Lebensraum innerhalb unserer Landesgrenzen nicht vermehren lasse. Wenn die Autochlangen immer länger werden und immer mehr Kulturland unter Asphalt und Beton verschwindet, bewahrheitet sich das Sprichwort, alles habe seinen Preis. Für die Schweizer Demokraten darf das Wirtschaftswachstum aber nicht um jeden Preis über alles andere gestellt werden.

Heinz Mattmüller bezeichnet es als erfreulich, dass die Regierung in ihrem Bericht auch auf gesellschaftliche Anliegen eingehe. Die Schweizer Demokraten nehmen ihn daher trotz gewisser Vorbehalte mit Befriedigung zur Kenntnis.

Maya Graf liest zum Eintreten zwei Zitate vor:

"Sozial verantwortliches, wirtschaftliches Handeln dient den Grundbedürfnissen und Rechten der Gesellschaft und der Betroffenen."

"Keine Wirtschaft ohne intakte Lebensgrundlagen und ressourcenschonenden Umgang, kein Wirtschaftswachstum auf Kosten von uns allen und unseren Lebensgrundlagen."

Diese beiden Hauptpunkte sollten jeder Debatte und jeder Diskussion über die Wirtschaft und die Wirtschaftsförderung vorausgestellt werden.

Die Grünen nehmen kritisch Kenntnis vom vorliegenden Wirtschaftsbericht, denn er erfülle die Erwartungen nicht. Er nimmt wenig Bezug auf das sehr wichtige Thema der Nachhaltigkeit und erfüllt die Forderung, die Arbeitssituation von Frauen gebührend zu berücksichtigen, nur gerade mit dem Kapitel "Familie und Beruf". Es falle auch auf, dass der gesamte Wirtschaftsbericht in männlicher Form abgefasst sei. Dies sei erstaunlich, ist doch die Wirtschaft auf alle angewiesen und sollte deshalb auch alle ansprechen. Zudem flossen viel zu wenig Aspekte zur Arbeit von Frauen anhand des vorhandenen Materials ein.

Frauen leisten in der Wirtschaft einen erheblichen Anteil an der geforderten Flexibilität, denn sie springen in Teilzeitarbeit ein, wenn es der Wirtschaft besser geht und Arbeitskräfte gesucht werden. Sie gehören aber auch zu den ersten, welche wieder entlassen werden, sobald Stellen gestrichen werden. In einem Wirtschaftsbericht hätte man auf diese spezielle Situation eingehen müssen. Heute werden Frauen noch immer klar lohndiskriminiert. In der Privatwirtschaft betragen die Lohndifferenzen bis zu 28 %. Beim Thema Bildung spreche man zwar von der Fachhochschule beider Basel und der Universität, die Fusion der Fachhochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik hingegen werde nicht erwähnt. Genau diese Fachhochschule bildet vor allem Frauenberufe aus. Maya Graf hat den Eindruck, der Wirtschaftsbericht sei von Männern für Männer geschrieben worden.

Das Kapitel "Familie und Beruf" wird von den Grünen unterstützt, ebenso der Antrag der SP. Nach Meinung der Grünen sind keine langen Abklärungen mehr notwendig, denn die Grundlagenberichte seien vorhanden. Es fehlt nur noch am Geld und am Willen, die entsprechenden Programme auch umzusetzen. Die finanziellen Mittel sollen nicht aus der Wirtschaftsförderung, sondern aus einem direkt dafür bestimmten Kredit stammen.

Wie bereits erwähnt, sind die Grünen vom Wirtschaftsbericht enttäuscht, da sie sich mehr davon erwartet hätten, insbesondere was die Gleichstellung angeht. Sie nehmen den Bericht daher sehr kritisch zur Kenntnis.

Karl Rudin stellt fest, laut Wirtschaftsbericht wolle der Regierungsrat zum Kapitel "Familie und Beruf" prüfen, welche Massnahmen nun ergriffen werden sollen. Er fragt, was der Regierungsrat in den letzten vier Jahren mit seiner überwiesenen Motion gemacht habe, welche genau die gleiche Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellte. Er vermutet, man habe aus finanziellen Gründen nichts unternommen, da Massnahmen in der Familienpolitik etwas kosten. Keine Familienpolitik hingegen koste auch Geld, nur lasse sich der Betrag nicht so

einfach beziffern. Karl Rudin ist enttäuscht, dass die letzten vier Jahre nicht genutzt wurden, damit heute bereits über Massnahmen hätte beschlossen werden können.

Die Tatsache, dass der Regierungsrat nur auf das Prinzip Hoffnung setze, sei bedauerlich. Alle Modelle sollen nämlich auf freiwilliger Basis initiiert werden, wobei der Regierungsrat nur als Sponsor auftreten würde. Karl Rudin kann kein ernsthaftes Interesse des Regierungsrats an einer wirksamen Familienpolitik feststellen. Diese stelle nicht nur einen Verfassungsauftrag, sondern auch eine grosse Herausforderung für die Zukunft dar. Auch können Familien- und Wirtschaftspolitik nicht voneinander getrennt werden. Damit seine Motion überwiesen wurde, hat Karl Rudin die Forderung nach einem Büro für Familienfragen gestrichen. Im Nachhinein bedauert er diesen Entscheid, da sich scheinbar niemand im Kanton für Familienpolitik verantwortlich fühle. Heute arbeiten die EKD, das Büro für Gleichstellung und neu nun auch die Wirtschaftsförderung an derartigen Fragen. Es sei aber dringend nötig, dass jetzt eine Koordinationsstelle ins Leben gerufen werde.

Rita Bachmann informiert, der Antrag der SP sei bereits in der Kommission gestellt worden und er sei dabei grossmehrheitlich abgelehnt worden. Ein zentraler Grund für die Ablehnung lag darin, dass der Bedarf in den nächsten drei Jahren noch genauer abgeklärt werden soll. Nach diesen drei Jahren kann und soll die Regierung dem Landrat eine entsprechende Vorlage unterbreiten. Zudem liege es in der Macht des Landrates, in dieser Hinsicht wieder vorstellig zu werden.

Eric Nussbaumer erwidert, genau dies sei für die SP der springende Punkt. Vor vier Jahren habe der Landrat über einen Verpflichtungskredit für das Impulsprogramm "Chance" und "Qualifikation" beschlossen, ohne damals zu wissen, in welcher Form diese Programme ausgestaltet werden sollen. Jetzt zu bemängeln, es stehe noch kein klares Konzept hinter dem Impulsprogramm "Familie und Beruf", habe viel mit dem zu tun, was Maya Graf bereits erwähnt habe. Wenn der Landrat der Meinung sei, es sei ein Teil der wirtschaftlichen Ressourcen, dass Familie und Beruf vereinbart werden können, tue er gut daran, das Impulsprogramm als Verpflichtungskredit im Landratsbeschluss aufzunehmen.

Regierungsrat **Erich Straumann** berichtet, seit dem letzten Wirtschaftsbericht habe sich das Umfeld stark verändert, ebenso die Spielregeln der Marktwirtschaft. Bisher bestanden viele Anbieter an unterschiedlichen Produktionsstandorten. Die Konkurrenz und die Produktionsmenge wurden über die Preise beeinflusst. Neu kaufen sich Unternehmer im Zuge der Globalisierung gegenseitig auf, so dass die Konkurrenz ausgeschaltet wird. Dieses Umfeld kann von politischer Seite her nicht unbedingt beeinflusst werden.

Den politisch Verantwortlichen kommt die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass die Volkswirtschaft nicht zu einer Wirtschaft ohne Volk wird. Mitteilungen wie diejenige der Roche von gestern Abend können von der Politik wie gesagt nicht beeinflusst werden, jedoch kann sich der

Kanton darum bemühen, stetig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Momentan springen sehr viele Jungunternehmer von Grossfirmen ab und stellen dann in eigener Regie ein Nischenprodukt her. So werden an vielen Orten neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Kanton muss sich darum bemühen, gute Rahmenbedingungen für neue Unternehmen zu schaffen.

Bereits im Legislaturprogramm 1999-2003 betonte der Regierungsrat, man wolle an einer Verbesserung der Standortgrundlagen im Kanton arbeiten. Dadurch soll eine zukunftsgerichtete Entwicklung stattfinden können. Unter dem gleichen Motte steht nun auch der vorliegende Wirtschaftsbericht. Erich Straumann begrüsst übrigens die verschiedenen Vorstösse zum Wirtschaftsbericht, mit welchen dieser nun noch etwas ausgeschmückt werden soll.

Der Bericht listet den Ist-Zustand auf und die Kritik, der Ausblick sei etwas mager, ist nach Meinung von Erich Straumann berechtigt. In diesem Bereich habe die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie habe einzig einen Rucksack bereit gestellt, welcher verschiedene Projekte enthalte. Dazu gehören die Unterstützung der Berufsschauen und arbeitsmarktliche Massnahmen im Bereich Familie und Beruf. In einem Bericht nur Luftschlösser zu bauen, könne die Politik ihrem Ziel nicht näher bringen. Dazu müssen konkrete Vorschläge vorliegen.

Zum Antrag der SP erklärt Erich Straumann, die Regierung sei ihrer Zeit voraus und betrachte das Dekret zum Wirtschaftsförderungsfonds als veraltet, weshalb es ohne Weiteres möglich sei, das Impulsprogramm "Familie und Beruf" aus diesem Fonds zu finanzieren. Erich Straumann verspricht, dass die Regierung auf jeden Fall tätig werde, auch wenn der Landrat keinen Verpflichtungskredit spreche. Es müsse ein konkretes Konzept erarbeitet werden, welches alle Seiten, sowohl die Unternehmer als auch die BenutzerInnen, miteinbezieht, denn der Staat allein könne keine Kinderkrippen installieren und betreiben. Die Regierung sei aber daran interessiert, ein entsprechendes Konzept möglichst rasch umzusetzen. Es wäre unseriös, heute einen Kredit zu bewilligen, ohne zu wissen, wie genau dieser eingesetzt wird.

Peter Brunner lässt über den Beschlussantrag der SP abstimmen.

://: Dieser wird grossmehrheitlich abgelehnt.

://: Der Landrat nimmt den Wirtschaftsbericht 2000 Kanton Basel-Landschaft zur Kenntnis.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1069

2 2001/064

Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung einer Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie

Erich Straumann begründet, weshalb die Regierung den Vorstoss als Postulat und nicht als Motion entgegennehmen wolle. Der Regierungsrat sei der Meinung, die Forderung der Motionäre könne auch mit einem Postulat erfüllt werden. Es liege dem Vorstand der Wirtschaftsförderung beider Basel ein – noch nicht verabschiedeter – Strukturbericht vom Dezember letzten Jahres vor, welcher unter Punkt 4 die Gründung einer Biotech-Task-Force vorsehe. Es sei geplant, dass die Wirtschaftsminister BS und BL sowie Delegierte der Wirtschaftsförderung, der Universität, von Novartis und Roche dieser Task-Force angehören. Einzig der Bereich der Verbände sei nicht aufgeführt, jedoch werde eine solche Vertretung von der FDP gewünscht.

Würde der Regierungsrat den Vorstoss als Motion entgegennehmen, wäre er zu stark gebunden und es müssten alle von der FDP aufgeführten Gruppierungen in einer Task-Force vertreten sein. Der Regierungsrat muss jedoch über die Mitglieder einer Task-Force verhandeln und es sei allenfalls nicht möglich, dass alle gewünschten Vertretungen darin Platz finden. Es wäre also sinnvoll, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Wie bereits erwähnt, werden alle Forderungen der FDP ausser diejenige nach einer Vertretung der Verbände im Strategiepapier der Wirtschaftsförderung vorgesehen.

Rita Kohlermann wäre es natürlich recht gewesen, ihr Vorstoss wäre als Motion überwiesen worden. Der vom Regierungsrat erwähnte Strukturbericht sei ihr nicht bekannt, sie hoffe jedoch, dass die Regierung ihr Anliegen ernst nehme und eine entsprechende Task-Force dann tatsächlich auch eingesetzt werde. Weder im Baselbieter noch im baselstädtischen Wirtschaftsbericht werde der Bereich Bio- und Gentechnologie speziell erwähnt und es werde auch nicht auf die aktuelle Situation des Biozentrums eingegangen. In der Beantwortung der Interpellation zu den strategischen Zielen der Universität Basel (2001/049) jedoch werde das Biozentrum als Makroschwerpunkt der Universität erwähnt. Nach Meinung von Rita Kohlermann hätte das Biozentrum allerdings auch im Wirtschaftsbericht erwähnt werden müssen.

Inzwischen musste man feststellen, dass die Bundesforschungsgelder an den Genfersee und nach Zürich fliessen. Übrigens werden Life Sciences auch in Deutschland enorm gefördert, und Basel müsse dementsprechend darum kämpfen, mit dem Biozentrum nicht in die zweite Liga abzustiegen. Rita Kohlermann ist überzeugt, dass es sich beim Bereich Life Sciences um diejenige Branche handle, welche in unserer Region mit der grossen Chemie und den verschiedenen Start-up-Firmen auf beste Voraussetzungen treffe. Die Bedingungen seien vom Umfeld her sicher besser als beispielsweise in Zürich. Es müsse uns daher gewisse Anstrengungen wert sein, die Chancen auf

diesem Gebiet zu wahren.

Rita Kohlermann hofft sehr, ihr Anliegen werde ernst genommen und ist damit einverstanden, dass der Vorstoss aus formalen Gründen in ein Postulat umgewandelt werde.

Esther Maag beantragt, den Vorstoss weder als Postulat noch als Motion zu überweisen. Für die Grünen handle es sich dabei um einen Vorstoss mit falscher Stossrichtung, welcher einseitig auf die Gentechnologie setzt. Bei der Gentechnologie handle es sich nicht um nachhaltige Forschung. Im Zusammenhang mit der Ablehnung der Energievorlagen habe man es verpasst, auf zukunfts-trächtige Forschung zu setzen. Die Grünen sprechen sich nicht grundsätzlich gegen Fortschritt aus, jedoch können sie ein einseitiges Voranschreiten im Zusammenhang mit Forschung im Bereich der Gentechnologie nicht unterstützen. Es sei eigenartig, dass gerade die FDP die vorliegenden Forderungen aufstelle, da diese sonst jeweils betone, man solle auf Privatinitiativen setzen und Entwicklungen der Wirtschaft überlassen. Gerade im besprochenen Bereich handle es sich nicht um kleine Unternehmungen, sondern um potente Firmen, welche die nicht nachhaltige Genforschung selbst fördern können.

Sabine Stöcklin fügt dem Gesagten einige Überlegungen unter dem Stichwort "rationeller Einsatz unserer staatlichen Ressourcen" hinzu. Bei der Bio- und Gentechnologie handle es sich um eine Pionierbranche, bei welcher sowohl Forschende als auch Anwenderinnen und Anwender auf Neuland vordringen. Der technische Zugriff auf Zellkerne, die Erbsubstanz und weitere lebende Systeme werde immer besser und wirkungsvoller. Mit den neuen Machbarkeiten im Labor sei jedoch der nötige gesellschaftliche Prozess der Technikfolgen-Abschätzung und der Regelung, was gesellschaftlich sanktioniert werde, noch nicht erfolgt. Ebenfalls wurde noch keine Abschätzung der Risiken und deren gesellschaftlicher Wertung vorgenommen. Auf eidgenössischer Ebene sei dieser Legiferierungsprozess im Zusammenhang mit dem Genlex-Dossier momentan im Gang. Unsere staatlichen Ressourcen werden in der staatlichen Verwaltung und der Regierung momentan besser eingesetzt, wenn seriöse und verantwortungsvolle Genlex-Bestimmungen erarbeitet werden.

Stabile und berechenbare staatliche Rahmenbedingungen sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Tätigkeit. Investiert beispielsweise eine Firma Millionenbeträge in die Entwicklung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen, so wäre es wirtschaftsschädigend, wenn die Rahmenbedingungen hierfür plötzlich geändert würden. Sabine Stöcklin plädiert dafür, anstelle einer Biotech-Task-Force eine Task-Force "verantwortungsvolle Genlex-Bestimmungen" zu bilden.

Urs Wüthrich erklärt, eine Mehrheit der SP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulats 2001/064, welches eines von fünf zentralen Elementen (siehe den von Erich Straumann erwähnten Strukturbericht) zur Stärkung der regionalen Wirtschaft darstelle. Er selbst geht davon aus, dass die Leitung der Task-Force klar bei den beiden Volkswirtschaftsdirektoren und damit im Zuständig-

keitsbereich der Politik liegen werde.

Peter Tobler berichtet, die eidgenössischen Räte beschäftigten sich nun bereits seit ungefähr acht Monaten intensiv mit der Genlex. Eine Task-Force einzusetzen, um sie dabei zu unterstützen, halte er für überflüssig. Es wird aber wichtig sein, dass die Umsetzung durch die Kantone erfolgen wird. Es sei gut, wenn die Regierung Rita Kohlermanns Vorstoss entgegennehme, zusätzlich dazu aber noch weitere Task-Forces einzurichten, wäre sinnlos.

Dieter Völlmin kann sich Urs Wüthrichs Ausführungen anschliessen. Erstaunt zeigt er sich darüber, dass der Regierungsrat bei der Beratung des Wirtschaftsberichts kritisiert wurde, nichts Konkretes zu unternehmen, gewisse Kreise nun aber auch nicht einverstanden seien, wenn er bereit sei, sich im Bereich der Wirtschaftsförderung einzusetzen. Es gehe hier ja nicht in erster Linie um die Frage, ob man Gentechnologie unterstütze, sondern darum, ob künftig die Forschung in diesem Bereich in unserer Region, in Zürich, am Genfersee oder in Deutschland betrieben wird. Er bittet seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, dem Postulat zuzustimmen.

Regierungsrat **Peter Schmid** betont, es gehe selbstverständlich um die Frage, ob Bio- und Gentechnologie unterstützt und weiter betrieben werden sollen. Ein Nein zur Biotechnologie würde auch bedeuten, dass eine Task-Force gar nicht notwendig wäre. Es werde momentan tatsächlich ein neues Biozentrum im Raum Genf aufgebaut und die Universität Basel habe in der ersten Überraschung wohl eine etwas bescheidene Abwehrstrategie entwickelt. Die Fähigkeiten und Leistungen des Biozentrums werden international hoch eingeschätzt, jedoch sind auch im Raum Genf durchaus kompetente Leute am Werk. Ein Mangel zeige sich in der gesamtpolitischen und wirtschaftlichen Einbettung der Debatte um das Biozentrum. Science et Cité hätte eigentlich dazu dienen sollen, Grundsatzfragen intensiver zu diskutieren. Aus der Optik des Regierungsrates sei dies nur teilweise gelungen.

In diesem Zusammenhang verweist Peter Schmid auf die Zukunftsstrategie der Universität Basel, welche in Richtung Kulturwissenschaften und Life Sciences gehe. Hier nun eine hochkarätige Task-Force mit Personen, welche sehr viele Kompetenzen einbringen, einzurichten, mache Sinn. Soll sich die Universität weiterentwickeln können, sind ein entsprechendes wirtschaftliches Umfeld und klare gesetzliche Richtlinien notwendig. Es müsse gesamtschweizerisch einiges unternommen werden, denn die grossen, zukunftsweisenden Forschungen der letzten Jahre hätten nicht in erster Linie in der Schweiz stattgefunden. Das Einrichten einer Task-Force betreffe nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein wissenschaftspolitisches Anliegen und werde daher von der Regierung unterstützt.

Maya Graf schlägt vor, die Mitglieder der Task-Force, sollte diese denn eingerichtet werden, um gentechkritische Personen oder Organisationen zu erweitern.

Rita Kohlermann unterstützt diesen Antrag nicht, da bereits vorgesehen sei, den Ethiker der Universität in die

Task-Force aufzunehmen. Dieser werde auch kritische Fragen einbringen.

Peter Brunner erklärt, nach Landratgesetz könne Maya Grafs Antrag nur mittels eines separaten Vorstosses eingereicht werden.

://: Der Vorstoss 2001/064 wird grossmehrheitlich als Postulat an den Regierungsrat überwiesen.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1070

3 2000/099

Interpellation der FDP-Fraktion vom 4. Mai 2000: Resultate der Wirtschaftsförderung im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 27. März 2001

://: Die von Max Ribi beantragte Diskussion wird bewilligt.

Max Ribierklärt, das Nicht-Zustandekommen der Gründer-ecke in Allschwil habe zur vorliegenden Interpellation geführt. Es liege nun eine Auslegeordnung vor und der Landrat konnte zur Kenntnis nehmen, dass die Wirtschaftsförderung in einem Prognos-Bericht analysiert wurde. Laut Antwort zu Ziffer 7 wurden Änderungsvorschläge gemacht und es interessiere nun, ob diese auch umgesetzt werden können.

Die Wirtschaftsförderung sei als Verein organisiert. § 13 des Dekrets zum Wirtschaftsförderungsgesetz laute wie folgt:

Der Regierungsrat schafft eine Beratungsstelle für die Vermittlung von Auskünften im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung. Ihr obliegen auch alle administrativen Aufgaben, die sich bei der Durchführung von Gesetz und Verordnung ergeben.

Zur Interpellation stellt Max Ribi folgende Zusatzfragen:

1. Ist der Prognos-Bericht noch unter Verschluss und wann wird er veröffentlicht?
2. Bezüglich der Gründerecke erklärte der Regierungsrat, es würden alternative Möglichkeiten geprüft. Was genau steht hinter dieser Aussage?
3. Der Prognos-Bericht stellt fest, die Personalsituation müsse überprüft werden. Wie ist dies zu verstehen und wer wird die Interessen des Kantons Basel-Landschaft wahrnehmen? Auch die Universität und die Fachhochschulen betreiben zudem Wirtschaftsförderung. Entstehen hier keine Doppelspurigkeiten?
4. Laut Antwort zu Frage 9 hat der Regierungsrat eine Delegation für Wirtschaftsförderung eingesetzt, welche bis Ende April 2001 über den Stand der Umsetzungs-

arbeiten berichten sollte. Wurden bisher schon einzelne Massnahmen umgesetzt?

Laut Max Ribi sollte Wirtschaftsförderung möglichst in guten Zeiten stattfinden, vorausblickend also und nicht einfach auf Umstände reagierend.

Urs Wüthrich bezeichnet die Beantwortung der Interpellation – ähnlich wie die Wirtschaftsförderung selbst – als etwas defensiv und zögerlich. Nach Ansicht der SP sind in unserem Kanton folgende zentrale Problembereiche auszumachen: Die Verknüpfung des Dienstleistungszentrums der Wirtschaftsförderung mit dem Wirtschaftsförderungsfonds ist schlecht und kaum koordiniert. Von den Kapazitäten her ist die Wirtschaftsförderung zudem qualitativ schlecht ausgestattet. Es sei unverzichtbar, dass jemand sich die Wirtschaftsförderung zur Hauptaufgabe mache und in der Öffentlichkeit auch als Person der Wirtschaftsförderung zur Kenntnis genommen werde. Man sei froh, dass innerhalb der Wirtschaftsförderung selbst Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Die SP sei sich bewusst, dass Schritte nach vorne mit entsprechenden Kosten verbunden seien.

Erich Straumann nimmt wie folgt zu den Zusatzfragen Stellung:

Zu Frage 1: Der Prognos-Bericht liege den Vorstandsmitgliedern der Wirtschaftsförderung beider Basel vor. Der Vorstand habe die 11 darin vorgeschlagenen Massnahmen noch nicht beraten. Der Vorstand werde schlussendlich der Regierung Basel-Landschaft einzelne Umsetzungsvorschläge unterbreiten, welche in einen neuen Leistungsauftrag einfließen sollen. Der Bericht wird erst freigegeben, wenn er durch den Vorstand gesichtet und beurteilt wurde.

Zu Frage 2: Die Regierung geht davon aus, dass in der Regel von den Gemeinden her ein Anstoss unternommen wird, welcher vom Kanton unterstützt werden kann. Ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Reinach, welche von sich aus die Initiative ergriff und danach vom Kanton auch unterstützt wurde.

Zu Frage 3: Im personellen Bereich werden Aufstockungen unumgänglich sein. Der Leiter der Wirtschaftsförderung beider Basel verfügt heute nur über eine 20 %-Stelle, jedoch muss dieser auch physisch öfter anwesend sein, damit die Wirtschaftsförderung wahrgenommen werden kann. Eine Zusammenarbeit mit Universität und Fachhochschule findet statt, Verbindungen bestehen in verschiedenen Bereichen.

Zu Frage 4: Der Vorstand habe bisher die nötige Zeit noch nicht gefunden, als dass bis zum April hätte über den Stand der Umsetzungsarbeiten berichtet werden können. Es ergab sich hier also eine gewisse Verzögerung.

Die Wirtschaftsförderung beider Basel als Dienstleistungszentrum wird neu formiert. Der entsprechende Leistungsauftrag mit dem Globalbeitrag wird dem Landrat zur gegebenen Zeit unterbreitet.

Remo Franz bittet den Regierungsrat darum, das Thema der Wirtschaftsförderung wirklich ernst zu nehmen. Er könne sich daran erinnern, dass er als neuer Landrat bezüglich des Wirtschaftsberichts die Wirtschaftsförderung kritisiert habe. Der damalige Regierungsrat Eduard Belser habe heftig auf diese Kritik reagiert und betont, die Wirtschaftsförderung funktioniere ausgezeichnet. Rund ein Jahr später habe die FDP eine Motion betreffend Wirtschaftsförderung eingereicht, auch damals wurde betont, man habe diese neu strukturiert und alles laufe bestens. Aus der Diskussion merke er, dass man gegenüber der Wirtschaftsförderung nach wie vor eine zögerliche Haltung an den Tag lege. Jetzt sei aber der richtige Moment, um eine gute Wirtschaftsförderung zu betreiben. Die Wirtschaft sei nämlich nicht so stabil, wie diese momentan erscheine, und es könne gut sein, dass das Thema Förderung demnächst wieder hoch aktuell werde.

Sabine Stöcklin hat den Eindruck, die Zündschnur zwischen der Wirtschaftsförderung an der Wallstrasse in Basel und der Verwaltung im Kanton Basel-Landschaft sei manchmal etwas nass. Als die Wirtschaftsförderung noch Teil der VSD war, habe der Kontakt scheinbar besser geklappt. Sie bittet Erich Straumann darauf zu achten, diese Kontakte wieder zu verbessern.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1071

Frage der Dringlichkeit:

Peter Brunner erklärt, die Regierung sei bereit, beide heute eingereichten, dringlichen Interpellationen innert 14 Tagen schriftlich zu beantworten.

2001/152

Dringliche Interpellation der SP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Massiver Stellenabbau bei Roche – Konsequenzen für unsere Region

Urs Wüthrich betont, die SP halte an der Dringlichkeit ihrer Interpellation fest und dränge darauf, dass diese noch heute beantwortet werde. Erstens sei sie aktuell und es sei kaum vorstellbar, dass das Parlament die Ankündigung eines Stellenabbaus in der vorgesehenen Tragweite kommentarlos zur Kenntnis nehme. Man werde respektieren, wenn die Antworten heute noch nicht mit allzu viel Tiefgang beantwortet werden könne und allenfalls später noch vertieft darüber diskutieren. Zweitens ist die SP überzeugt, dass die gestellten Fragen durchaus heute beantwortet werden können und drittens soll der Regierungsrat die Chance erhalten, mehr zu sagen, als bloss seinem Bedauern Ausdruck zu geben, wie er es bereits in einer Medienmitteilung getan habe.

Erich Straumann schlägt eine Beantwortung der Fragen am nächsten Donnerstag, 7. Juni 2001, vor. Heute könnte er die Fragen nur oberflächlich beantworten.

Paul Schär schliesst sich Urs Wüthrichs Meinung an. Die Regierung habe bereits sehr viel Vorarbeit geleistet und es gehe im Grunde genommen nur noch um zwei Punkte, welche beantwortet werden müssen. In gewissen Situationen müsse man auch den Mut haben, sofort zu reagieren.

://: Mit 64 von 81 Stimmen verlangt der Landrat eine Beantwortung der dringlichen Interpellation am heutigen Nachmittag.

*

2001/153

Dringliche Interpellation von Dieter Völlmin, SVP, vom 31. Mai 2001: Stauraum für 350 Lastwagen zwischen Lausen und Sissach

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** will, wie bereits angekündigt, bis in zwei Wochen eine schriftliche Antwort vorlegen. Sie habe selbst an der entsprechenden Sitzung in Bern teilgenommen und könne Dieter Völlmin insofern beruhigen, dass die H2 in den nächsten Wochen sicher nicht als Stauraum benutzt werde. In erster Linie wolle man die Parkflächen auf der N2 nutzen und später als allerletzte Notmassnahme über den Stauraum zwischen Lausen und Sissach befinden. Die Kantone gehen davon aus, dass es in den nächsten Wochen nicht nötig sein wird, auf der ganzen Strecke der N2 Stauflächen zu schaffen. Der heute Morgen abwesende Regierungspräsident Andreas Koellreuter möchte die in der Interpellation gestellten Fragen gern seriös abklären und bis in 14 Tagen eine Antwort vorlegen.

Dieter Völlmin stellt fest, mit den Ausführungen der Regierungsrätin sei seine Interpellation nun zu einem ganz geringen Teil beantwortet. Er sei gerne bereit, dem Regierungsrat bis zur nächsten Sitzung in einer Woche Zeit zu geben, seine Fragen seriös abzuklären. Jedoch soll eine schriftliche Antwort nicht erst in 14 Tagen vorliegen, da sich damit eine Diskussion im Landrat auf den September verschieben würde, obwohl das Thema heute aktuell sei. Er beantragt also eine Traktandierung seiner Interpellation am nächsten Donnerstag, 7. Juni 2001, und hält somit an der Dringlichkeit fest.

Elsbeth Schneider zweigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

://: Die Interpellation wird an der nächsten Landratssitzung vom 7. Juni 2001 beantwortet.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 1072

Überweisungen des Büros

Landratspräsident **Peter Brunner** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

2001/142

Bericht des Obergerichtes vom 11. Mai 2001: Verlängerung des Mandates des Obergerichters Dr. Stephan Gass als ausserordentlicher Vizepräsident des Obergerichtes bis zum Ende der Amtsperiode (31. März 2002); **direkter Beratung**

2001/143

Bericht des Regierungsrates vom 15. Mai 2001: Änderung am Generellen Projekt sowie Bewilligung eines Zusatzkredites und Erteilung des Enteignungsrechtes für den Ausbau der BLT-Linie 11 im Abschnitt Dillackerstrasse bis Jupiterstrasse in den Gemeinden Münchenstein und Reinach; **an die Bau- und Planungskommission**

2001/146

Bericht des Regierungsrates vom 22. Mai 2001: Nachtragskredite zum Budget 2001; **an die Finanzkommission**

2001/150

Bericht des Regierungsrates vom 29. Mai 2001: Neues Kantonales Netzwerk WAN und MAN; **an die Finanzkommission**

2001/151

Bericht des Regierungsrates vom 29. Mai 2001: Kantonsspital Liestal; Sanierung, Um- und Erweiterungsbauten; Zusatzkreditvorlage und Verpflichtungskreditvorlage; **an die Bau- und Planungskommission (Federführung) und an die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (Mitbericht)**

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1073

28 Fragestunde

1. Esther Maag, Ausschreibung der Alkohol-Beratung nach Submissionsgesetz

Der Kanton hat in einer ersten Phase die Eignung der Bewerber für die Ausschreibung der Alkoholberatung nach Submissionsgesetz geprüft.

Fragen:

1. Welche BewerberInnen sind zugelassen worden, an der Ausschreibung teilnehmen zu dürfen?
2. Haben alle BewerberInnen den Nachweis erbracht, für die Alkoholberatung speziell ausgebildet zu sein?

3. Hat der Kanton die Absicht, nur noch eine Alkoholberatungsstelle zuzulassen und somit die Wahlmöglichkeit einzuschränken?
4. Werden primär finanzielle Kriterien den Ausschlag geben?
5. Was wird mit den leer ausgegangenen Stellen/MitarbeiterInnen geschehen?

RR Erich Straumann führt einleitend aus, der von der Regierung beschrittenen Weg entspreche den Bestimmungen des Submissionsgesetzes.

- Zu 1: Auf die selektive Ausschreibung forderten auch die beiden jetzigen StelleninhaberInnen die Unterlagen an. Um die Stellen bemühten sich die Beratungsstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme, Liestal, sowie das Blaue Kreuz Basel-land.
- Zu 2: Grundvoraussetzungen für die Zulassung waren der Nachweis von Erfahrung in der Suchtberatung, spezifisch im Alkoholbereich, Kenntnisse im Fürsorgewesen und in der Lohnverwaltung, eine Therapieausbildung und Kenntnisse im Qualitätsmanagement.
- Zu 3: Der Kanton hat die Möglichkeit auch für Arbeitsgemeinschaften offen gelassen. Die beiden BewerberInnen dürfen aber nicht vermischt werden. Wer die besten Eingaben vorlegt, wird den Leistungsauftrag erhalten.
- Zu 4: Zu den ausschlaggebenden Kriterien zählen der Preis mit einer Gewichtung von 45 Prozent, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit 25 Prozent, die geografische Aufteilung mit 25 und die sprachliche Ressource mit 5 Prozent.
- Zu 5: Die Einreichfrist läuft am 1. Juni 2001, 12.00 Uhr ab. Die Offertöffnung erfolgt am 5. Juni 2001, um 14.00 Uhr. Ob Arbeitsplätze verloren gehen, kann in Unkenntnis der Offerten zum heutigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Esther Maag nimmt Bezug auf Frage 3 und stellt fest, die beiden erwähnten Anbieter repräsentierten eine sehr unterschiedliche Betriebskultur. Falls die Möglichkeit der arbeitgemeinschaftlichen Eingabe nicht genutzt worden sein sollte, wäre folglich die Wahlmöglichkeit eingeschränkt.

RR Erich Straumann erinnert an die Informationssitzung vom 12. März, als die VSD – wie schon in der Ausschreibung – noch einmal klar bestätigte, dass eine gemeinsame Eingabe möglich sei.

2. Urs Wüthrich-Pelloli: Sondermüllofen an vivendi

Im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Aufgabenbereiche von Novartis Services an die amerikanische *Jonson Controls* und den französischen Multi *vivendi* wird

zur Zeit die Übergabe des bisher von Novartis betriebenen Sondermüllofens an *vivendi* vorbereitet. Nachdem im Zusammenhang mit dem outsourcing-Projekt offenbar sämtliche Immobilien bei Novartis verbleiben, erstaunt es, dass ausgerechnet der Sondermüllofen - eine Anlage, die für Bevölkerung und Umwelt von besonderem Interesse ist - an einen internationalen Konzern verkauft werden soll, dessen Entscheidungszentren ausserhalb unserer Region liegen.

Fragen:

1. War der Kanton Basel-Landschaft bei den Verhandlungen im Hinblick auf die Übergabe des Sondermüllofens an *vivendi* beteiligt?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die in Aussicht genommene Ausgliederung an den französischen Multi?
3. Welche Mitwirkungs- und Kontrollrechte hat sich der Kanton für den zukünftigen Betrieb des Sondermüllofens gesichert und welche Verpflichtungen wurden gegenüber *vivendi* eingegangen?
4. Besteht die Absicht, mit besonderen Informationsmassnahmen, allfälligen Fragen in der Öffentlichkeit zu begegnen?

RR Elisabeth Schneider- Kenel

- Zu 1: Nein, der Kanton Basel-Landschaft nahm an den Verhandlungen nicht teil. Im Rahmen der RSMVA-Betriebskommission hat die Valorec über in Gang befindliche Verkaufsverhandlungen informiert.
- Zu 2: Aufgrund der vertraglichen Abmachungen sind für Basel-Stadt und Basel-Landschaft keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Die Mitsprache bleibt durch den RSMVA-Beirat und durch die Möglichkeit, zu den Importgesuchen für Sonderabfälle Stellung beziehen zu können, gewahrt.
- Zu 3: Auch in Zukunft werden drei Gremien die Mitsprache der Kantone und die Überwachung der Auswirkungen der Anlagen ermöglichen. Im RSMVA-Beirat haben das AUE Basel-Stadt, Umweltverbände und Anwohner Einsitz. Die Chemiefirmen sind mit den Betriebskommissionen dabei, dazu kommen AUE Basel-Stadt und Basel-Landschaft, IWB Basel-Stadt und AIB Basel-Landschaft, das Lufthygieneamt und andere. Aufgrund der Ergänzungsvereinbarung erhält die Betriebskommission Einsicht in die Betriebsrechnung der RSMVA. Die Kantone gingen gegenüber *vivendi* keinerlei Verpflichtungen ein. 1992 wurde mit Ciba Geigy ein Grundvertrag abgeschlossen und im Dezember letzten Jahres eine marktwirtschaftlich- und nicht mehr pflichtmengenorientierte Ergänzungsvereinbarung unter den Vertragspartnern. Diese beiden Vertragswerke regeln Rechte und Pflichten beider Kantone und der Betreiber des RSMVA bis zum Vertragsende am 30. September 2005.
- Zu 4: Wie nun aufgezeigt, sind weder für die beiden

Basel noch für die Region wesentliche Änderungen zu erwarten. Deshalb sind auch keine besonderen Massnahmen notwendig geworden. Die bisherigen Betreiber haben regelmässig und ausführlich im Rahmen der Beiratssitzungen und des Jahresberichtes über die Umweltauswirkungen der Anlagen informiert.

Urs Wüthrich bittet um stichwortartiges Auflisten der Kompetenzen des Beirates und der Betriebskommission gegenüber den Betreibern.

RR Elisabeth Schneider bietet Urs Wüthrich an, sich bei der BUD zu melden, sobald er mit irgend einem Sachverhalt oder der Abwicklung eines Geschäftes unzufrieden sein sollte.

3. Mirko Meier: Lehrkräftemangel auch im Baselbiet

In verschiedenen Kantonen zeichnet sich ein akuter Lehrkräftemangel ab, dies insbesondere in der Real- und Sekundarstufe sowie in den Sonder- und Kleinklassen. Die Schule droht vom Ernst- zum Störfall zu werden - wie in einer Zeitung zu lesen war -, weil der Lehrerberuf auf den Ebenen Lohn, Personalführung und Arbeitsbedingungen, aber auch wegen der abbröckelnden öffentlichen Wertschätzung deutlich an Prestige eingebüsst hat.

Fragen:

1. Wie präsentiert sich die Lehrkräftesituation an den Baselbieter Schulen?
2. Mit welchen allfälligen Massnahmen soll und kann eine Personalknappheit vermieden werden?

RR Peter Schmid

Zu 1: Die letzte Erhebung vom 11. Mai ergab, dass in den einzelnen Schulstufen des Kantons noch die folgende Anzahl Lektionen zu besetzen sind:
Primarschule: 235 Lektionen = 8,7 Stellen
Realschule: 369 Lektionen = 13,6 Stellen
Sekundarschule: 131 Lektionen = 5 Stellen
Berufsschule/Gymnasium: Alle Lektionen vergeben!

Diese, auf den ersten Blick nicht alarmierend wirkenden Zahlen verschleiern drei Probleme:

- a) Die Anzahl Lektionen lässt sich in der Praxis nicht einfach in (Voll-)Stellen umwandeln.
- b) Die Lehrpersonen, welche die offenen Stellen besetzen, verfügen oft nicht über die an sich geforderte Qualifikation.
- c) In der Mittellehrerinnen und Mittellehrausbildung an der Universität Basel fehlt es an Nachwuchs.

Insgesamt hat sich die Situation gegenüber den vorangegangenen Jahren leicht verschlechtert, wenn es auch schon bis anhin nicht üblich war, dass im Mai bereits alle Lektionen vergeben

waren.

Zu 2: Die Erziehungsdirektion geht davon aus, dass aktuell kein massives Problem besteht, dass aber ein massives Problem droht, weshalb der Erziehungsdirektor Folgendes geplant hat:

Über Anträge in der Erziehungsdirektorenkonferenz wird genau analysiert, wo welche LehrerInnenkategorien fehlen.

Klammerbemerkung: Wenn die Presse meldet, der Kanton Zürich habe 500 offene Lehrerstellen, so fehlen diesem Kanton nicht 500 LehrerInnen, vielmehr wechseln innerhalb des Kantons eine schöne Anzahl von LehrerInnen ihre Stelle.

Ein zweiter Antrag fordert eine interkantonale Kampagne, die für den LehrerInnenberuf wirbt. In der NWCH ist vorgesehen, mit Lehrkräften, die den Schuldienst verlassen, Austrittsgespräche über die Motivation für diesen Schritt zu organisieren. Ziel ist es, verbindlich zu erfahren, ob die Austritte mit einer unbefriedigenden Schulsituation oder mit attraktiven Angeboten von ausserhalb der Schule zu tun haben.

Die Regierung wird einen, noch mit den Sozialpartnern abzusprechenden Antrag der Erziehungs- und Kulturdirektion debattieren, der eine Verbesserung der Ausbildungssituation für die zukünftigen ReallehrerInnen vorsieht. Möglicherweise soll der Schritt zurück zu einer bezahlten Ausbildung getan werden. Statt Stunden kompensieren zu müssen, soll es zudem wieder möglich werden, Zusatzstunden zu bezahlen und weiter soll bei der Lehrerschaft eine Weiterbildungsoffensive in den Mangelbereichen gestartet werden. Ganz speziell gilt das Augenmerk der Ausbildung in Heilpädagogik. Schliesslich wäre auch die Festanstellung von so genannten SpringerInnen zu prüfen.

All diese Vorschläge sollen ernsthaft diskutiert und auch im Hinblick auf finanzielle und personelle Konsequenzen überprüft werden.

Paul Schär bittet den Regierungsrat zu klären, ob – analog zum Kanton Aargau – Modelle für NichtmaturandInnen als QuereinsteigerInnen für den Primar- und ReallehrerInnenberuf entwickelt werden.

RR Peter Schmid führt aus, dass der Kanton Basel-Landschaft als einer der wenigen Kantone – je nach Blickwinkel Schuld oder Verdienst des Erziehungsdirektors selbst – die Kindergarten- und PrimarlehrerInnenausbildung nie ausschliesslich an den Erwerb der Maturität gebunden hat. Längst schon ist dem Erziehungsdirektor klar, dass der Kampf um die Maturandinnen und Maturanden von allen Seiten her tobt: Die Universitäten wollen sie ebenso wie die Fachhochschulen und die pädagogischen Hochschulen. Zudem war das Seminar schon immer zugänglich für Frauen und Männer aus anderen Berufsfeldern, für Berufsmaturandinnen und -maturanden und auch für die DMS- und HMS-Absolventinnen und -absolventen. Im Sommer startet überdies das Seminar für erwerbstätige Frauen und Männer in etwas vorgerückterem Alter einen Lehrgang mit hohem autodidaktischen Anteil und grosszügig ausgebautem Mentoring.

4. Hildy Haas: Lehrplan Berufswahlklassen

Die Berufswahlklasse ist für viele Jugendliche die letzte Station der obligatorischen Schulzeit und soll sie auf das Leben vorbereiten.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang, was der Lehrplan der Berufswahlklassen zum Staatsbürgerlichen Unterricht vorsieht, und wie diese Vorgaben in der Praxis umgesetzt werden.

Fragen:

1. Besteht eine Verpflichtung, das Thema zu behandeln und wie lautet der Auftrag?
2. Wird die Umsetzung durch das Schulinspektorat überprüft?
3. Welche Weiterbildung wird den Lehrkräften der Berufswahlklassen zu diesem Thema angeboten?

RR Peter Schmid zu Frage 1 aus dem Lehrplan:

Der Geschichtsunterricht trägt zur Schaffung eines Menschen- und Weltbildes bei, er fördert die Entwicklung einer Weltanschauung, eines geschichtlichen Bewusstseins und umfasst nicht nur eine fremde Vergangenheit, sondern bezieht auch die eigene Herkunft mit ein. Den Jugendlichen angepasste Inhalte und Unterrichtsformen ermöglichen ein elementares Verständnis für vergangene und gegenwärtige Prozesse und deren Tragweite.

Die letzte der fünf Richtlinien heisst zudem:

Die Jugendlichen setzen sich mit wichtigen politischen Vorgängen in Gemeinde, Kanton und Bund auseinander.

Zum Pflichtstoff der Berufswahlklassen gehört unter dem Titel Staatskunde:
Gemeinde, Kanton, Bund, Institutionen, Behörden, Prozesse des Meinungsbildungsverfahrens sowie Wahl- und Abstimmungsverfahren.

- 2: Zu den Inspektionsaufgaben und zur ordentlichen Inspektionstätigkeit gehört auch das Überprüfen der Lehrplankonformität. Eine strenge, im systematischen Sinne lückenlose Überprüfung findet indes nicht statt.
- 3: Zur Zeit finden keine Weiterbildungskurse spezifisch zu diesem Thema statt.

Hildy Haas bedankt sich für die Antwort und weist darauf hin, dass sie den Berufswahlklassenlehrer ihres Dorfes schon letztes Jahr eingeladen hat, mit der Klasse den Landrat zu besuchen. Nach einem mehr als halbjährigen Schriften- und Telefonverkehr kam der Besuch schliesslich zustande. Leider will der Landrätin nun aber ein weiteres Engagement der nächsten Klasse – trotz des Angebotes kulinarischer Verlockungen – nicht gelingen.

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1074

2001/152

Interpellation der SP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Massiver Stellenabbau bei Roche - Konsequenzen für unsere Region

RR Erich Straumann beantwortet die sechs Fragen der dringlichen Interpellation von Urs Wüthrich.

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die angekündigten Massnahmen und wie werden die Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Beschäftigungssituation im Kanton Basel-Landschaft eingeschätzt?

Die Umorganisation von Roche betrifft innerhalb der Division Pharma folgende Bereiche:

Von den angekündigten 600 Stellen, die abgebaut werden sollen, sind 510 geortet. 80 - 90 weitere Funktionen sind noch zu bezeichnen.

Die 510 Stellen setzen sich wie folgt zusammen:

- 250 Stellen in der Produktion am Standort Basel-Stadt
- 100 Stellen im Bereich Engineering / Support / Qualitätssicherung der Produktion am Standort Basel-Stadt
- 100 Stellen im Bereich Support, allgemeine Dienste, Porte etc. im Stammhaus Basel-Stadt

Von diesen 450 Stellen ist ein grosser Teil durch Grenzgänger besetzt.

- 50 Stellen im Bereich Marketing
- 10 Stellen im Bereich Entwicklung

Der überwiegende Teil dieser 60 Mitarbeitenden sind Engländer, welche für 2-4 Jahre im Rahmen ihrer Karrierelaufbahn hier arbeiten. Sie werden innerhalb des Konzerns an anderen Orten arbeiten.

Der Standort Roche Reinach/BL ist eine reine Verkaufsorganisation (rund 60 Personen). Dieser ist nicht betroffen.

Am Standort Roche Kaiseraugst ist der Bereich Diagnostica/Verpackungsbetriebe angesiedelt. Er ist nicht betroffen. Auch Roche Sisseln, Bereich Vitamine, ist nicht betroffen.

Sozialplan: Die Eckwerte des Sozialplanes stehen.

Vorruhestands-Regelung: Aus Steuergründen sind viele Mitarbeitende bei Roche interessiert, in den Vorruhestand zu treten. Ein Anteil der 600 vom Abbau betroffenen Stellen sind durch Mitarbeitende besetzt, die die Voraussetzungen für den Vorruhestand erfüllen.

Forschungsstandort Basel

Vor einem Jahr wurde konzernweit der Bereich Forschung umorganisiert. Die Zielsetzung war, weniger Forschungsstandorte zu betreiben und die verbleibenden zu stärken. Basel bleibt. In diesem Zusammenhang wurde das Institut für Immunologie der Uni Basel umgewandelt in ein Roche-Forschungsinstitut für medizinische Genomik. Die bisher rund 60 befristeten Arbeitsstellen wurden umgewandelt in definitive und unbefristete Stellen. Dazu wurden 60 neue, ebenfalls unbefristete und definitive Stellen ge-

schaffen.

Die Wirtschafts- und Beschäftigungssituation im Kanton Basel-Landschaft wird nach Einschätzung von Roche durch die Umorganisation und den Abbau der 600 Stellen nicht betroffen. Roche hat Anfragen von anderen Produktionsbetrieben aus der ganzen Schweiz auf dem Tisch. Der Arbeitsmarkt für industrielle Arbeitskräfte ist völlig ausgetrocknet. Roche wird die 600 Arbeitsverhältnisse kündigen. Es werden also Kündigungen ausgesprochen, man geht aber davon aus, dass daraus keine Entlassungen resultieren. Das heisst, dass Mitarbeitende konzernintern andere Stellen finden werden, bei anderen Firmen Stellen finden werden oder über den Sozialplan/Vorruhestandsregelung aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden werden. Roche stützt sich bei dieser Aussage auf die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Verschiebung von Diagnostica/Kaiseraugst im Rahmen der Uebernahme von Boehringer, Mannheim. Das war 1997. Betroffen waren 500 Stellen. Auch damals wurden Kündigungen ausgesprochen, aber es kam zu keinen Entlassungen. Die Mitarbeitenden wechselten nach Deutschland oder intern oder nahmen die Vorruhestandsregelung in Anspruch.

2. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf im Hinblick auf den in Aussicht gestellten Stellenabbau?

Aufgrund der Auskünfte von Roche besteht kein Handlungsbedarf im Sinne von Notmassnahmen. Das KIGA BL wird im Bedarfsfalle Unterstützung bei der Stellenvermittlung leisten. Die erforderlichen Strukturen können seitens des KIGA rasch und effizient bereitgestellt werden.

3. War der Regierungsrat frühzeitig über den geplanten Arbeitsplatzabbau (Umfang, betroffener Personenkreis und Zeitplan) orientiert?

Der Regierungsrat wurde gestern Mittwoch von der Konzernleitung informiert. Obwohl kein Betriebsstandort auf Baselbieter Boden betroffen ist, hat sich die Konzernleitung in verdankenswerter Weise entschlossen, auch die Baselbieter Regierung direkt zu informieren.

4. Wurden Kontakte zu den Entscheidungsträgern des Unternehmens aufgebaut und sind Gespräche geplant?

Die Kontaktkanäle zu den Entscheidungsträgern sind offen.

5. Werden allfällige Interventionen des Regierungsrates mit den Aktivitäten der Basler Regierung koordiniert?

Darüber wurde noch nicht entschieden.

6. Wie weit kommen die am 25. November 1999 vom Parlament in Auftrag gegebenen Instrumente und Massnahmen zum Tragen?

Das Parlament hat drei Aufträge erteilt:

- Postulat 1999-248: Schaffung eines ständigen Wirtschaftsausschusses: Es wurde eine regierungsrätliche Wirtschaftskommission gebildet. Dieser trifft sich

regelmässig und zusätzlich nach Bedarf.

- Postulat 1999-245: Für eine aktive Industriepolitik: Es wurde zusätzlich zum Wirtschaftsausschuss eine Arbeitsgruppe Raumpolitik/Wirtschaft eingesetzt. Die Leistungen der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurden untersucht, man ist daran, die Erkenntnisse umzusetzen.
- Postulat 1999-247: Einrichtung eines Krisendispositivs: Der Regierungsrat beurteilt jeden Dienstag im Rahmen der ordentlichen Sitzung die Lage. Er hat dafür eine sogenannte "Watch-List" eingeführt.

Abschliessend stellt der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass die Umorganisation von Roche mit Adtranz nicht vergleichbar ist.

Urs Wüthrich bedankt sich für die Beantwortung des Fragekataloges und erwartet zu Händen des Landrates schon bald ausführlichere Informationen zu Frage 6, die sich ja um die genannten parlamentarischen Vorstösse dreht.

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1075

4 2001/065

Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen

://: Der Landrat überweist die Motion an die Regierung.

Nr. 1076

5 2001/066

Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Elektrizitätsmarktöffnung: Anpassung der kantonalen Gesetzgebung

://: Der Landrat überweist die Motion an die Regierung.

Nr. 1077

6 2001/117

Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

://: Der Landrat überweist das Postulat an die Regierung.

Nr. 1078

7 2001/067

Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftssicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"

://: Der Landrat überweist die Motion an die Regierung.

Nr. 1079

8 2001/133

Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben

://: Der Landrat überweist die Motion an die Regierung.

Nr. 1080

9 2001/045

Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung

://: Der Landrat überweist das Postulat an die Regierung.

Nr. 1081

10 2001/069

Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Behebung des Mangels an Arbeitskräften

RR Erich Straumann spricht sich gegen die Entgegennahme des Postulates aus, weil das verfügbare Kontingent an Arbeitskräften aufgrund nicht vorhandener Arbeitskräfte (Informatiker) gar nicht ausgeschöpft werden kann.

Peter Tobler bittet den Rat, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben. Er begründet seinen Vorschlag mit der inzwischen erfolgten Massnahme des Bundes, der auf Druck der Kantone das Kontingent für Jahresaufenthalter gemäss Presseberichten um 5000 und für Kurzaufenthalter um 6000 Personen erhöht hat.

Das Thema dürfe nicht einfach als Novartis-Thema abqualifiziert werden, vielmehr gelte es bei der Neugründung einer innovativen Firma stets, prioritär die Personalplanung an die Hand zu nehmen. Für die Bewilligungen der Aufenthalte der benötigten Personen erwarte die Wirtschaft eine gewisse Sicherheit.

Theo Weller verzichtet auf eine weiter gehende Stellungnahme, wenn sich der Rat bereit erklärt, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

Heinz Mattmüller ist erfreut, dass Kollege Tobler Einsicht zeigt und macht zur Klärung noch einmal deutlich, dass der Bundesrat auf Drängen der Kantone und der Wirtschaft, das Kontingent für Jahresaufenthalter und Kurzaufenthalter per 23. Mai 2001 aufgestockt hat.

Bruno Krähenbühl kann sich namens der SP-Fraktion, die an sich gegen das Postulat ist, der Abschreibung des Vorstosses anschliessen.

Die Fremdenpolizei verfüge eigentlich bereits heute über vielfältige Möglichkeiten, Arbeitsbewilligungen zu erteilen. Den statistischen Angaben lasse sich entnehmen, dass bisher nicht alle Kontingente ausgeschöpft wurden und der Bundesrat – wie gehört – ein weiteres Kontingent von 11'000 Spezialisten frei gegeben hat. Dass die Wirtschaft diese Spezialisten brauche, sei zwar einsichtig, doch sollte

nicht übersehen werden, dass die Wirtschaft und ihre Exponenten im rechten Lager für die dadurch entstehenden innenpolitischen Folgen seit Jahren die politische Linke verantwortlich machen. Bruno Krähenbühl ist sehr gespannt, was die Sozialdemokraten künftig angesichts dieser Schlitzohrigkeit unternehmen werden. Dass die einen fordern und auch erhalten, die andern aber die Verantwortung zu tragen hätten, könne auf Dauer nicht funktionieren. Jene Kräfte, welche die Menschen ins Land holen, sollten auch zu ihnen stehen und gegenüber der Bevölkerung die Verantwortung tragen. Mit Argumenten gegen die Ausländer die Wahlen zu gewinnen und danach noch mehr Ausländer als Arbeitskräfte zu verlangen, gehe nicht mehr an. Gefordert sei endlich eine gemeinsame anständige Lösung.

://: Der Landrat überweist das Postulat 2001/069 der FDP-Fraktion grossmehrheitlich.

://: Der Landrat schreibt das Postulat 2001/069 der FDP-Fraktion grossmehrheitlich ab.

*Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei*

*

Nr. 1082

11 2001/119

Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 26. April 2001: Erteilung von Arbeitsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte. Schriftliche Antwort vom ...*

Brno Krähenbühl verweist auf seine vorangegangenen Darlegungen und verzichtet auf weitere Ausführungen.

://: Damit ist die Interpellation erledigt.

*Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei*

*

Nr. 1083

12 2001/075

Interpellation der SP-Fraktion vom 22. März 2001: Zukunft der Arbeitsplätze bei Adtranz/Railcor Pratteln. Antwort des Regierungsrates

RR Erich Straumann nimmt vorab Bezug auf einen Wunsch von Urs Wüthrich, heute auch die Vorstösse zu Adtranz zu behandeln. Dies sei allerdings nicht möglich, weil Regierung und Verwaltung, die Anliegen für die Beratung im Landrat seriös aufbereiten wolle.

Fragen:

1. Welche Massnahmen ergreift oder veranlasst der Regierungsrat, um auch für die 129 Mitarbeitenden der

Adtranz, denen eine Kündigung droht, eine Lösung auf dem Arbeitsmarkt zu finden?

2. Die Auffanggesellschaft Railcor kann dank eines SBB-Auftrags für 70 Doppelstockwaggons mit einem kleinen Auftragspolster starten. Für die längerfristige Sicherung wäre es aber entscheidend, wenn die SBB die geplante Nachfolgebestellung des Neigezuges ICN mit der Auflage verbindet, dass diese zukunftssträchtige Produktion in der Schweiz erfolgen muss. Ist der Regierungsrat bereit, sich bei der SBB und beim Bundesrat dafür einzusetzen?
3. Welche weiteren Massnahmen zur Unterstützung und Förderung der Auffanggesellschaft Railcor hat der Regierungsrat ins Auge gefasst?
4. Die Adtranz Schweiz hat sich vom Produktions- zum Technologieunternehmen gewandelt, wobei der Schwerpunkt - anders als noch vor wenigen Jahren angestrebt - im Raum Zürich liegt und nicht im Werk Pratteln, wo sich die Opfer und die Risiken zu konzentrieren scheinen. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Entwicklung?

Zu 1: Die 79 Kündigungen bei Adtranz sprach die Geschäftsleitung erst per Ende März aus. Darunter sind 40 Personen in der Schweiz wohnhaft und 39 Personen sind Grenzgänger. Der informierte Regierungsrat hat über das KIGA sofort eine Stellenbörse eingerichtet. Am 30. März fanden die ersten Gespräche statt. Inzwischen wurden über 100 Gespräche geführt. 20 Personen haben auf 1. Juli eine neue Stelle gefunden. Von den 79 betroffenen Personen ist seither 1 Person als arbeitslos gemeldet.

Zu 2: Die Auffanggesellschaft Railcor beschäftigt 140 Personen. Sie hat von den SBB den sehr willkommenen Produktionsauftrag für die 70 Doppelstockwaggons erhalten. Damit ist die Firma für eineinhalb Jahre ausgelastet. Selbstverständlich wird sich die Firma auch um andere Aufträge bewerben. Idealerweise möchte Railcor natürlich auch den Neigezug ICN produzieren. Der Regierungsrat meldet das diesbezügliche Interesse bei den SBB immer wieder an.

Zu 3: Die Railcor AG kennt die Einrichtung des Wirtschafts-Förderungs fonds. Es liegt an den Entscheidungsträgern der Firma, entsprechende Anträge zu stellen.

Zu 4: Zum Zeitpunkt der Betriebsschliessung im November 1999 waren 714 Personen betroffen, letztlich waren es am Standort Pratteln noch 410 und effektiv ausgesprochen wurden – wie gesagt – 79 Kündigungen, für alle übrigen Personen konnten Lösungen gefunden werden.

Regierungsrat, Parlament und die nationalen VertreterInnen des Kantons sind in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Verantwortungsträgern und setzen sich für die Weiterexistenz der Nachfolgefirma ein. Der Übergang der Nachfolgefirma an Bombardier hat

stattgefunden. Die BL-Regierung hat bereits einen ersten Kontakt zu Berlin geknüpft und wird weiterhin dranbleiben. Die noch ausstehenden parlamentarischen Vorstösse sollen dann beraten werden, wenn das Geschäft mit Bombardier zum Abschluss gekommen sein wird.

://: Der Landrat bewilligt auf Antrag von Ruedi Brassel die Diskussion.

Ruedi Brassel bedankt sich für die Beantwortung des Vorstosses. Dass die Interpellation im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsbericht beantwortet werde, treffe sich gut, weil im Wirtschaftsbericht die Tatsache des wirtschaftlichen Strukturwandels, der sich durch einen Abbau von Industriekapazität und den Ausbau von Dienstleistungskapazitäten kennzeichne, stark vernachlässigt wurde. Wenn auch die Arbeitslosigkeit erfreulich zurückgegangen sei, müsse die Vielfalt des Werkplatzes im Auge behalten werden.

Die von der Regierung leider fast völlig vernachlässigten Zahlen der regio basiliensis belegen statistisch, dass zwischen 1991 und 2000 alleine im zweiten Sektor ein Arbeitsplatzabbau von 29,6 Prozent stattgefunden hat und dass auf die gesamte Region bezogen, fast 7 Prozent aller Arbeitsplätze innerhalb der 90er Jahre verloren gegangen sind.

Die vor anderthalb Jahren gestellten Früherkennungsforderungen sollten nun nicht einfach unter den Tisch gewischt werden, das Parlament sollte von der Regierung über die getroffenen Massnahmen bezüglich des Strukturwandels und der Industriepolitik informiert werden.

Auch die von der Regierung mit den SBB geführten Gespräche über die Auftragslage für Bombardier möchte Ruedi Brassel konkreter erläutern haben.

RR Erich Straumann erneuert sein schon am Morgen dargelegtes Bemühen und prioritäres Ziel, die Standortqualitäten des Kantons immer wieder hervor zu streichen. Trotzdem sei es für die Regierung nicht möglich, auf die Arbeitsplatzverlagerungen vom industriellen zum dienstleistenden Sektor Einfluss zu nehmen. Immer wieder treffe sich aber die Regierung mit den Verbänden der Wirtschaft und löte Möglichkeiten der Hilfestellung aus. Auf die konkreten Massnahmen wird der Regierungsrat im Rahmen der Behandlung der persönlichen Vorstösse eintreten.

://: Damit ist die Interpellation beantwortet.

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1084

13 2001/070

Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen

://: Der Landrat überweist Postulat 2001/070 der FDP-Fraktion an die Regierung

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1085

14 2001/049

Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Wirtschaftsbericht betreffend strategische Ziele der Universität Basel. Schriftliche Antwort vom ...*

://: Der Landrat bewilligt auf Antrag von Beatrice Geier die Diskussion.

Beatrice Geier stellt fest, dass die Diskussion den im Wirtschaftsbericht nicht dargestellten Zusammenhang zwischen Universität und Wirtschaft sehr schön aufgezeigt habe. Für die umfassende Beantwortung bedankt sich die Landrätin herzlich bei Regierungsrat Peter Schmid. Neben dem so wichtigen Standortfaktor sei auch die Ausbildung der jungen Leute ein sehr wichtiges zweites Bein.

Bezüglich der Leistungsvereinbarung zwischen Universität und Basel-Stadt, Frage 1, wünschte sich die FDP auch eine hälftige Geltendmachung des Kantons Basel-Landschaft.

Zu Frage 3 möchte die Landrätin erfahren, ob auch – mit Blick auf die medizinische Fakultät – ein eventueller Abbau als Szenario vorgesehen sei.

Weiter möchte die Landrätin erfahren, ob der Regierungsrat auch Kontakt zu den Sanitätsdirektoren gesucht habe. Auch der Einbezug der Finanz-, der Volkswirtschafts- und Gesundheits- sowie der Erziehungs- und Kulturkommission sollte nicht vergessen werden, damit ein durchgehendes Netz geknüpft wird und alle involvierten Bereiche in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Als Vision wünscht sich Beatrice Geier eine Universität Nordwestschweiz, doch bis zu diesem fernen Ziel müsse der Kanton Basel-Landschaft mehr Push und fordernde Partnerschaft gegenüber der Universität einbringen, die ja einen grossen Anteil basellandschaftlicher Studentinnen und Studenten ausbildet.

RR Peter Schmid möchte, da er nicht weiss, wer was schon weiss, zur Frage des Abbaus vorerst lieber der landrätlichen Erziehungs- und Kulturkommission Auskunft geben. Trotzdem gesteht der Erziehungsdirektor ein, es handle sich dabei um den entscheidenden schwierigen Punkt. Ein besonders heikler, unbedingt zu berücksichtigender Aspekt der Schliessungen betreffe die immer bedeutungsvoller werdende Interdisziplinarität.

Zum Leistungsauftrag weist der Regierungsrat auf die unterschiedliche Praxis zwischen BS und BL hin. Während die Regierung im Baselbiet einen einzigen, dem Parlament zugänglichen Leistungsauftrag hat, kennt Basel einen zweiteiligen. Die Rede ist nun bloss von der ersten Stufe dieses Leistungsauftrages, während der detaillierte

Leistungsauftrag für die Universität vertragskonform durch den Universitätsrat erlassen wird, in welchem das Baselbiet mitdebattiert und mitbestimmt.

Die Frage der medizinischen Fakultät kann, so der Erziehungsdirektor, nicht ohne den Einbezug der Sanitätsdirektoren behandelt werden. Die Regierung möchte erreichen, dass die Universität eindeutig für Lehre und Forschung zuständig wird und das Verhältnis zwischen Dienstleistung sowie Lehre und Forschung klarer definiert wird.

Zur Frage Universität Nordwestschweiz schliesslich, weist der Baselbieter Erziehungsdirektor auf ein eben geführtes Gespräch der Erziehungsdirektoren beider Basel mit Delegationen der Kantone Solothurn und Aargau hin, in welchen die beiden Basler Vertreter klar machten, dass ein Hochschulvertrag mit den beiden Basel nur inklusive Universität erhältlich sei.

Die Bundesinstanzen hätten der Universität Basel klar die Nanotechnologie zugebilligt. Denkbar wäre nun, dass BS, BL, AG und SO gemeinsam und unter Einbezug des Paul Scherrer-Institutes ein Institut für Nanotechnologie entwickeln würde. Solche Zwischenstufen, die auch die Kräfte und die Finanzen bündeln würden, strebe der Kanton vorderhand an.

://: Damit ist die Interpellation beantwortet.

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1086

15 2001/113

Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel

://: Der Landrat überweist die Motion an die Regierung.

Nr. 1087

16 2001/076

Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Neue Verwendungszwecke für stillgelegte Industrie- und Bahnhofareale. Schriftliche Antwort vom 15. Mai 2001

Peter Brunner verweist auf die schriftliche Antwort und das Rektifikat.

Hanspeter Frey beantragt die Diskussion.

://: Der Landrat bewilligt die von Hanspeter Frey beantragte Diskussion.

Hanspeter Frey bedankt sich namens der FDP Fraktion für die umfassende Beantwortung der Regierung. Erfreut stelle er fest, dass im Kanton Basel-Landschaft offenbar

kaum ungenutzte Wirtschaftsbrachen bestehen. Damit wird ersichtlich, dass die Eigentümer ihre Areale aufgrund ihrer Eigeninitiative in kurzer Zeit neuen Nutzungen zuführen.

Der Bericht der Regierung lasse allerdings die Initiative des Kantons etwas vermissen. Er sei nicht der Meinung, dass der Kanton als Grossimmobilienhändler auftreten müsse, aber eine etwas weitergehende Publizität wäre förderlich.

Positiv zu vermerken sei, dass die Regierung sich im Sinne der Wirtschaftsförderung für die Schaffung optimaler Voraussetzungen engagiere und die Umnutzungswünsche der Eigentümer sehr speditiv und kompetent bearbeite. Erfreut reagiert habe er auf den Passus, der besagt, dass die Zonenvorschriften nicht mehr starr gehandhabt werden sollen.

Die Beantwortung der Frage 2. zu den brachliegenden Bahnhofsarealen erscheine der FDP etwas blauäugig. Dass mit Ausnahme des Bahnhofs Liesberg keinerlei brachliegende Bahnhofsareale existieren sollen, lasse darauf schliessen, dass die Auskunft der SBB nicht genügend hinterfragt wurde.

In Zusammenhang mit der geplanten Aufwertung des Güterbahnhofs Muttenz zu einer internationalen Drehscheibe des nationalen und internationalen Güterverkehrs, frage er sich, ob das ebenfalls in Muttenz konzipierte Justizzentrum damit seine Aktualität nicht eingebüsst habe.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** entgegnet, dass sich darüber philosophieren liesse, was unter "brachliegenden Flächen" zu verstehen sei.

Die Regierung verstehe darunter Bahnhofsareale, welche weder Bahn- noch Kundenverkehr aufweisen.

Wenn er Interpellant das anders interpretiere, sei die Frage in der Tat nicht korrekt beantwortet.

Die bis anhin gefahrene Politik des Regierungsrates sei am besten ersichtlich am Beispiel des ABB Geländes in Münchenstein. Dank des Engagements der Politik konnten auf diesem Areal in den letzten Jahren Projekte erfolgreich umgesetzt werden.

Das im Rahmen des Konzeptes der räumlichen Entwicklung definierte Vorgehen bezügl. der Industrie- und Gewerbeareale habe nicht befriedigt, weshalb die Regierung den Kontakt zum "Wirtschaftsdirektor" gesucht habe, in der Meinung sei, dass die Wirtschaftsförderung sich vermehrt dieses Bereichs annehmen sollte. Am 30. Mai 2001 habe dieses Gespräch nun stattgefunden und dazu geführt, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, welche sich dieser Thematik annimmt.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1088

17 2001/112

Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung

Peter Brunner gibt bekannt, dass sich die Regierung bereit erklärt, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen.

RR **Elsbeth Schneider** führt aus, dass die Regierung die Motion als Postulat entgegenzunehmen gedenkt, weil sie wie im vorliegenden Traktandum erwähnt, auf diesem Gebiet bereits sehr aktiv ist.

Der Regierungsrat stelle regelmässig Mittel für die Beschaffung von vorsorglichen Landreserven und für den Abtausch mit Dritten zur Verfügung.

Parallel dazu erwirbt die Basellandschaftliche Kantonbank im Namen des Regierungsrates ebenfalls treuhänderisch Grundeigentum.

Auf diese Weise war es dem Regierungsrat in den letzten zwanzig Jahren möglich rund hundert Unternehmen an die 30'000 m² Gewerbe- Industrieland zu Eigentum oder im Baurecht zur Verfügung zu stellen.

Die derzeitigen Gewerbe- und Industrielandreserven im Einflussbereich des Kantons umfasst aktuell 25 ha mit unterschiedlichem Erschliessungsgard.

Die langjährige Praxis des Regierungsrates hat sich bewährt, der Kanton verfügt zu jedem Zeitpunkt über die nötige Landreserve, dies sowohl wirtschaftlich als auch im Interesse einer kontinuierlichen Entwicklung der Infrastruktur des Kantons.

Der Regierungsrat kann zusätzlich immer auf eine beschränkte Reserve an baureifem Gewerbe- und Industrieland zurückgreifen, welche bei Bedarf interessierten Unternehmungen zu Marktpreisen angeboten wird.

Der Regierungsrat vertritt andererseits die Auffassung, dass der Kanton nicht als "grosser Player" im Liegenschaftsmarkt für Gewerbe- und Industrieliegenschaften auftreten soll und darf.

Ein Staatseingriff in den Immobilienmarkt im Sinne der Handels- und Gewerbefreiheit wäre höchstens dann gerechtfertigt, wenn der Markt nicht spielen würde.

Eine Abweichung des Subsidiaritätsprinzips, welches in § 2 des Wirtschaftsförderungsgesetz verankert ist, ist mit der Staatsauffassung kaum vereinbar.

Damit der Kanton in der Lage wäre, die anspruchsvollen Aufgaben eines grossen Immobilienhändlers auszuüben, müssten ihm auch die entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Darauf verzichtet der Regierungsrat jedoch bewusst.

Eine aktive Landreservenpolitik würde bedeuten, dass der Kanton bei der Planung, der Gestaltung und Erschliessung bestimmend eingreifen müsste, was zur Beschneidung der Gemeindeautonomie führen würde.

Im Rahmen des soeben behandelten Vorstosses 2001/076 würde die Regierung auch die Motion 2001/112 behandeln.

Sabine Stöcklin bedankt sich für die Ausführungen. Auch aus ihrer Sicht wäre es nicht korrekt, wenn sich der Kanton als "grosser Player" im Immobilienmarkt positionieren würde.

Sie habe lediglich konstatiert, dass Deutschland und Frankreich aktiver sind, wenn es darum geht ansiedlungswilligen Firmen ein Grundstück anzubieten.

Der Eindruck, dass sich der Kanton Basel-Landschaft in diesem Punkt noch vermehrt engagieren könnte, habe sie zu diesem Vorstoss veranlasst.

Ihr sei unverständlich, weshalb die Motion nicht als solche übernommen werden könne.

Sie könne sich jedoch auch damit abfinden, dass die Motion im Rahmen des Vorstosses der FDP geprüft werde.

://: Der Landrat stimmt der Ueberweisung der Motion als Postulat grossmehrheitlich zu.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1089

18 2001/115

Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareale

://: Der Rat stimmt der Ueberweisung des Postulates zu.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1090

19 2001/077

Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Standortfaktor Steuern. Schriftliche Antwort vom ...*

Daniela Schneeberger bedankt sich bei der Regierung und erklärt sich mit der schriftlichen Beantwortung zufrieden.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1091

20 2001/118

Interpellation der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Konjunkturgerechte Finanzpolitik. Antwort des Regierungsrates

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bemerkt, dass er die Fragen 1.-3. gemeinsam beantwortete, da sie inhaltlich eine

Einheit bilden.

Zu den Fragen 1. - 3.

Das Konzept einer sogenannten antizyklischen Konjunkturpolitik entstand aus der Beobachtung, dass sich einzelne Volkswirtschaften und teilweise gesamte Kontinente nach einem bestimmten Muster entwickeln.

Phasen mit langsamem Wachstum werden mit einer gewissen Kontinuität abgelöst von Phasen mit rascherem Wachstum.

Um diese Entwicklungen zu beeinflussen, hat die ökonomische Theorie Konzepte entwickelt, die es ermöglichen mittels staatlichen Massnahmen das Wirtschaftswachstum zu verstetigen.

Seit Beginn der neunziger Jahre war in der Schweiz allerdings kein Konjunkturzyklus mehr auszumachen, der dem Muster früherer Jahrzehnte entsprach.

Vielmehr befand sich die schweizerische Volkswirtschaft in den frühen neunziger Jahren in einer Phase des geringen resp. negativen Wachstums. Erst seit 1997 sind wieder deutlich positive Wachstumsraten zu verzeichnen.

Der Zuwachs für das Jahr 2000 mit 3,4% ist seit Ende der Hochkonjunktur im Jahre 1990 die höchste Wachstumsrate.

Die Prognosen bis ins Jahr 2005 gehen von Zuwachsraten von 2% aus. Die Erfahrung der öffentlichen Hand mit der antizyklischen Politik müssen als eher negativ bezeichnet werden. Es hat sich dabei gezeigt, dass aus vielfältigen Gründen damit prozyklische Wirkungen hervorgerufen wurden.

Daraus hat der Kanton Basel-Landschaft bereits vor zehn Jahren die Konsequenz gezogen, die Haushaltsführung zu verstetigen, dies vor allem bei den Investitionen.

Damit ist der Staat für die Wirtschaft, welche sich auf langfristig stabile Rahmenbedingungen verlassen muss, ein zuverlässigerer Partner.

Wie der Wirtschaftsbericht 2000 darstellt soll das Baselbiet und die Region als guter und noch attraktiverer Standort für die Wirtschaft entwickelt werden.

Deshalb sind zum heutigen Zeitpunkt auch keine spektakulären Aktionen geplant. So soll im Steuerbereich mit gezielten Einzelmassnahmen die Standortattraktivität erhöht werden. Zudem ist die Umsetzung der Verbesserung der Familienbesteuerung in Angriff zu nehmen.

Ein weiterer Schuldenabbau wäre möglich bei einem positiven Finanzierungssaldo. Das Ziel, welches mit einem Selbstfinanzierungsgrad von min. 100% erreicht werden kann, ist nicht unrealistisch, kann jedoch nur schrittweise erreicht werden und erfordert Hartnäckigkeit.

Die Regierung strebe prioritär eine ausgeglichene Rechnung an, was sich mit einem Blick auf die Aufwandentwicklung, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit, alles andere als einfach erweise.

Geplant sei des weiteren die Bildung zweckmässiger

Rückstellungen, den Abbau von Schulden und die Reduktion von Steuern.

Allerdings dürfe dabei nicht vergessen werden sich situativ auf die Entwicklungen des Umfeldes einzustellen.

Zu Frage 4

Der Regierungsrat orientiert sich bei den Budgetvorgaben in erster Linie am Selbstfinanzierungsgrad von 100%. Dieses Ziel soll mit den verfügbaren Einnahmen resp. dem damit zu erwartenden Zuwachs erreicht werden.

Auf der Ertragsseite sollen die Steuersätze keine Erhöhung erfahren, sondern mittels des Wirtschaftswachstums und der Pflege des Steuersubstrats Mehreinnahmen generieren.

Auf der Aufwandseite müsse man, dies betreffe sowohl die Regierung als auch das Parlament, vor allem die dynamischen Bereiche Bildung und Gesundheit in den Griff bekommen. Dabei unerlässlich sind die Massnahmen der Pflege der Leistungsaufträge sowie die Einführung und Nutzung der Betriebsrechnung als Führungsinstrument.

Zu Frage 5

Eine Aufstellung der ausstehenden langfristigen Schulden wird regelmässig in der Staatsrechnung publiziert. Die Darstellung erfolgt nach dem Bruttoprinzip.

Eine kürzliche Untersuchung habe zudem ergeben, dass keine objektiven Kriterien für die Beschreibung der Staatsschuld existierten, die Angemessenheit ist politisch zu bestimmen.

Eine Vermögensbilanz, welche mit derjenigen eines privaten Unternehmens vergleichbar wäre, kann zur Zeit nicht erstellt werden.

Regierung und Verwaltung arbeiten jedoch laufend an einer verbesserten Aussagekraft der Bilanz.

Zur Zeit wird der Erlass von Rechnungslegungsgrundsätzen, welche die gesetzlichen Anforderungen übersteigen, überprüft.

Realistisch und sinnvoll ist die Budgetierung eines Selbstfinanzierungsgrades zwischen 80 - 90%, mit dem Ziel, das Budget in der Rechnung zu übertreffen.

Bei einem ausgeglichenen Saldo der laufenden Rechnung von +/- 0 und Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 130 Mio. Franken führt dies zu Nettoinvestitionen von 150 - 160 Mio. Franken.

Für die Höhe der Staatsverschuldung existiert keine wissenschaftliche sondern lediglich eine politische resp. eine psychologische Limite.

Immerhin stehen dem eingesetzten Fremdkapital erhebliche Werte gegenüber.

Als essentiell bezeichnet Regierungsrat Adrian Ballmer, dass jede Generation ihren Wegverzehr selber finanzieren müsse.

Von Bedeutung ist dabei die Nettobelastung der laufenden Rechnung, denn sie schränkt den Handlungsspielraum ein. Hier gehe die Regierung davon aus, dass die Nettobelastung die Höhe von 50 Mio. Franken nicht überschreiten

sollte.

Der erwähnte Bericht zur Motion 1999/198 soll dem Landrat im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden.

Urs Wüthrich bedankt sich bei Regierungsrat Adrian Ballmer für die Beantwortung der Fragen und bemerkt, dass das antizyklische Verhalten in der Tat neu überdacht werden müsse.

Er stelle fest, dass bereits bei den Legislaturzielen der Landrat zusätzlich finanzpolitische Zielsetzungen beantragen und verdeutlichen musste. Des weiteren habe das letzte Budget die Frage aufgeworfen, wann Schulden abgebaut werden sollen, wenn nicht zum heutigen Zeitpunkt.

Die Finanzkommission musste zu diesem Zweck bei der Verabschiedung der Budgetrichtlinien die Auflagen verdeutlichen, um die angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen zu erreichen.

Die Entwicklung der letzten Wochen zeige zudem auf, dass man sich in einer problematischen Situation befinde. Problematisch aus dem Grunde, weil in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld die Regierung bereits mitte Jahr bei den Ausgaben die Notbremse für das laufende Rechnungsjahr ziehen müsse.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1092

21 2001/051

Interpellation von Hanspeter Frey vom 22. Februar 2001: Belchentunnel Sanierungsstollen, Fragen zum Planungsablauf. Mündliche Antwort des Regierungsrates

Zu den Fragen 1. und 2

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** bestätigt, dass das Projekt Betriebskonzept "befahrbarere Sanierungsstollen" gemeinsam mit dem Kanton Solothurn bearbeitet werde, wobei die Federführung beim Kanton Basel-Landschaft liegt.

Zu Frage 3

Die Projektierungsarbeiten für das integrale Betriebskonzept wurden im Dezember 2000 vom Bund freigegeben.

Zu Frage 4

Die Projektierungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Das Projekt soll noch im Laufe dieses Jahres eingereicht werden.

Zu Frage 5

Die BUD ist sich seit langem der Dringlichkeit bewusst. Die Projektierungsarbeiten für das Projekt Betriebskonzept

konnten jedoch erst nach der Freigabe des Bundes in Angriff genommen werden. Weitere Massnahmen drängen sich zum jetzigen Zeitpunkt keine auf.

Zu Frage 6

Für Planung und Bau einer dritten Röhre wird von einem Zeitbedarf von 14 - 16 Jahren ausgegangen.

Zu Frage 7

Obwohl das Projekt als "integrales Betriebskonzept" bezeichnet wird, handelt es sich dabei um einen "normalen Strassentunnel".

Hanspeter Frey beantragt die Diskussion.

://: Der Rat bewilligt die von Hanspeter Frey beantragte Diskussion.

Hanspeter Frey bedankt sich bei Frau Regierungsrätin Elsbeth Schneider.

Zusätzlich möchte er wissen, ob dem Bund kein Vorprojekt unterbreitet werden muss.

Ausserdem interessiert ihn, bis zu welchem Zeitpunkt der ASTRA das Detailprojekt eingereicht wird.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** wagt keine Prognose was den definitiven Start der Bauausführung anbelangt. Beschwerden und Einsprachen, dies zeige das Beispiel der J2 deutlich, können zu jahrelangen Verzögerungen führen.

Man gehe jedoch davon aus, dass bei einem normalen Verfahren die dritte Röhre innerhalb von 15 Jahren realisierbar sein sollte, und damit der Bau bis zur nächsten Sanierung abgeschlossen wäre.

Im Vorfeld dazu müssen die Vorarbeiten für das integrale Betriebskonzept abgeschlossen und dem Bundesrat unterbreitet werden. Erst nach Eintreffen der Genehmigung des Bundes kann mit der Ingenieursubmission begonnen werden.

Eine verbindliche Aussage zum Termin des Detailprojekts sei aus diesen Gründen nicht möglich.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1093

22 2001/037

Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Einen "Backbone" für die Baselbieter Kommunikationsnetze

Peter Brunner stellt fest, dass sich die Regierung bereit erklärt das Postulat entgegenzunehmen.

Eric Nussbaumer verweist darauf, dass die SP ein analoges Postulat bereits vor vier Jahren eingereicht hat. Bruno Krähenbühl wurde seinerzeit seitens des Freisinns deswegen massiv bekämpft. Die SP schätze sich jedoch

glücklich, heute den Vorstoss der FDP für dasselbe Anliegen unterstützen zu dürfen.

://: Der Landrat stimmt der Ueberweisung des Postulats an den Regierungsrat zu.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1094

23 2001/041

Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Wann kommt der Container-Terminal im Birsfelder Hafen?. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001

Max Ribi beantragt die Diskussion.

://: Der Landrat bewilligt die von Max Ribi beantragte Diskussion.

Für **Max Ribi** besteht die Interpellation aus drei verschiedenen Themenbereichen welche eine Antwort erheischen.

Zum einen könne man sich darüber freuen, dass eine Lösung gefunden wurde, andererseits blicke man auf eine dreijährige Bearbeitungszeit zurück.

Max Ribi erinnert daran, dass sich der Landrat klar und deutlich zugunsten eines Rheinhafens und keines Naturschutzgebietes ausgesprochen habe.

Dem Naturschutzaspekt kam man insofern entgegen, als eine Zone ausgeschieden wurde, die grösser ausfiel als in der Regierungsvorlage geplant und zu Kosten von Fr. 200'000.-- führte.

Bereits damals war klar, dass mit dem Bau eines Terminals das Rheinbord in Mitleidenschaft gezogen wird.

Bei der Genehmigung des Nutzungsplanes wurde deshalb die Absicht für den Bau eines Container-Terminals klar deklariert.

Die Regierung müsse sich nun die Frage gefallen lassen, ob es nicht besser gewesen wäre, den Nutzungsplan in Kraft zu setzen und den Rechtsweg zu beschreiten.

Der Ausgang wäre zwar ungewiss ausgefallen, jetzt sei das Resultat jedoch auch offen, es werde lediglich auf einen Kompromiss hingewiesen.

Man könne davon auszugehen, dass sich weitere Schwierigkeiten auf die bereits bestehenden aufürmen werden. Das Signal nach aussen sei seiner Ansicht nach negativ zu werten, er lasse sich seitens des Regierungsrats jedoch gerne eines Besseren belehren.

Unbestritten sei, dass der Rheintransport und der Umlad auf die Bahn ökologisch sinnvoll sei, weshalb es wichtig wäre ein Zeichen zu setzen.

Zur Anmerkung im Bericht, dass der notwendige Transfer vom Schiff auf die Bahn nicht ohne weiteres statthaft sei und zu unerwarteten Schwierigkeiten führe, bedürfe es

einer näheren Erklärung.

Wie soll in einem Rheinhafen Güterumschlag betrieben werden ohne Transfers? Worin bestehen die Schwierigkeiten?

Er persönlich erachte die Lage als wenig optimistisch. Wenn man zu keiner Lösung gelange, werde der Birsfelder-Hafen schlussendlich wieder vermehrt von LKW's frequentiert.

Peter Meschberger bekundet namens der Gemeinde Birsfelden Genugtuung, dass die Anlage noch nicht realisiert werden konnte.

Auf einen derart lärmintensiven Container-Terminal könnten die Einwohner Birsfeldens gerne verzichten. Ausserdem gebe es bereits genügend Container-Terminals an geeigneterer Stelle.

Rita Kohlermann verweist auf Pkt. 6 der Beantwortung, welcher zur Transportinfrastruktur des Oberrheins Stellung bezieht.

Es handle sich hier um Wunschdenken. Die Regierung hätte danzumal gerne daraus ein Postulat gemacht, der Vorstoss wurde jedoch als Motion überwiesen und soll auch als solche behandelt werden.

Alfred Zimmermann pflichtet der Aeusserung Max Ribis, dass es sich bei Schiffstransporten um eine sehr umweltfreundliche und ökologische Transportart handelt bei. Die Fraktion der Grünen tendiere dazu, die Meinung Peter Meschbergers zu unterstützen.

Solange es nicht möglich sei mit den Schiffen vollbeladen die Mittlere Rheinbrücke zu passieren, mache es keinen Sinn einen weiteren Terminal in Birsfelden zu forcieren. In einem ersten Schritt sollte der Terminal in Weil ausgebaut werden, bevor der Bau einer Anlage in Birsfelden forciert wird.

RR **Erich Straumann** wird sich der Angelegenheit Postulat/Motion annehmen und verspricht Rita Kohlermann eine Antwort.

An die Adresse Max Ribis bemerkt er, dass für die Regierung klar sei, dass der Birsfelder-Hafen zu einer Drehscheibe ausgebaut werden soll. Einer Kombination von Industrie und Naturschutz stehe jedoch nach seinem Dafürhalten nichts im Wege. Man habe sich nun auf einen Kompromiss einigen können, wofür allerdings wie erwähnt drei Jahre benötigt wurden.

Man könne zudem davon ausgehen, dass eingereichte Baugesuche künftig zu keinen neuen Einsprachen mehr führen.

Interessenten für das Grundstück sind vorhanden, es mache jedoch keinen Sinn Baugesuche einzureichen bevor die Einsprache der Pro Natura nicht vom Tisch sei. Man habe sich mit der Pro Natura inzwischen auf einen für beide Teile akzeptablen Kompromiss einigen können.

Anlässlich eines in der Woche 23 stattfindenden Gespräches mit den Gemeindevertretern Birsfeldens werde das

weitere Vorgehen beraten.

Anschliessend sollen die Bauinteressenten über die weiteren Pläne informiert werden. Ausserdem wird die BUD den Nutzungsplan so weit voran treiben, dass dieser von der Regierung in Kraft gesetzt werden kann.

Was das Ladevolumen der Container-Schiffe anbelange, handle es sich hier nicht um ein Problem des Kantons sondern betreffe den jeweiligen Betreiber.

Die Motion Rita Kohlermanns bezeichnet RR Erich Straumann als Vision, da es hier um eine Vernetzung sämtlicher Häfen gehe.

Abschliessend gibt sich RR Erich Straumann überzeugt, dass man auf gutem Wege sei.

Peter Brunner begrüsst zwischen zwei Rednern auf der Tribüne das Büro des Grossen Rates mit dem Grossratspräsidenten Peter Zahn.

Max Ribi meint, dass aufgrund des Votums von RR Erich Straumann nun alles in bester Ordnung sei.

RR **Erich Straumann** erwidert, dass der Rechtsdienst der Regierung zur Zeit Abklärungen treffe, sodass wenn die Regierung letztinstanzlich zuständig sei, von einem raschen Entscheid ausgegangen werden könne.

Hildy Haas hat die gesamte Debatte sehr interessiert verfolgt und stellt nun fest, dass da einiges nicht mehr zusammenpasst.

Zuerst plädiere der Rat für einen wirtschaftsfreundlichen Kanton, man habe diskutiert über die Erhaltung von Arbeitsplätzen und über das Steuersubstrat. Andererseits aber lehnen die Anwohner jegliche Art von Beeinträchtigung und Veränderung ab.

Hildy Haas ist es schleierhaft, wie das nun alles unter einen Hut gebracht werden soll.

RR **Erich Straumann** versichert, dass Lösungen nur mit Kompromissen zu erreichen sind.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1095

24 2001/111

Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"

://: Der Landrat stimmt der Ueberweisung des Postulats an die Regierung zu.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1096

25 2001/114**Motion von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe**

Peter Brunner gibt bekannt, dass sich die Regierung bereit erklärt die Motion als Postulat entgegen zu nehmen.

RR **Elsbeth Schneider** bemerkt einleitend, dass die moderne Freizeitgesellschaft viele Vorteile aufweise, jedoch auch ihre Schattenseiten habe. Dies treffe u.a. auch für die Bewältigung des rasch wachsenden Verkehrs zu. Der Regierungsrat kennt die Auswirkungen auf die Umwelt, und erklärt sich darum grundsätzlich mit der Stossrichtung des Motionärs einverstanden.

Trotzdem beabsichtige die Regierung den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen, mit der Begründung, dass es sich um eine äusserst komplexe Problematik handle. Es muss eine sorgfältige, umfassende aber auch sehr differenzierte Prüfung vorgenommen werden und es gilt zu definieren, was unter Nettogrundfläche, Bruttogeschossfläche, Nettobüros, etc. zu verstehen ist und welche Differenzen zwischen publikumsstarken und publikumsintensiven Dienstleistungsanlagen bestehen. Danach soll aufgrund einer umfassenden Analyse das weitere Vorgehen bestimmt werden.

Zudem gilt es detailliert zu untersuchen, ob sich die in der Motion als fix deklarierten 1000 m² für die Quartierplanpflicht als richtig und sinnvoll erweisen.

Es kann nicht sein, dass letztlich jeder Dienstleistungsbetrieb mit einem gewissen Ausmass an Publikumsverkehr automatisch einer Quartierplanpflicht untersteht.

Im Motionstext werde zuwenig präzise umschrieben, dass die publikumsintensiven Dienstleistungszentren in reinen Wohnzonen nicht zugelassen sind.

Hier ist zu beachten, dass mit der Quartierplanung automatisch sich widersprechende Zonenvorschriften aufgehoben werden sollen.

Aufgrund der Komplexität und der noch zu führenden Abklärungen erklärt sich die Regierung bereit die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Alfred Zimmermann weiss um die Komplexität des Themas. Die Parallelität von Einkaufszentren und den publikumsintensiven Dienstleistungsbetrieben liege auf der Hand. Da er befürchte mit seiner Motion zu scheitern, das Postulat ausserdem den Vorteil habe auf ein Jahr befristet zu sein, erkläre er sich mit der Ueberweisung als Postulat einverstanden.

Max Ribi ist lediglich deshalb gegen das Postulat, damit er seine Bemerkungen zum Vorstoss anbringen kann.

In Reinach, um das jüngste Beispiel zu nennen, fanden jahrelange Verhandlungen statt, um eine bessere Lösung

zu finden, welche schliesslich vom Volk abgelehnt wurde. Wenn ein Investor sich auf einen Quartierplan einlasse könne er zwar mit besseren Lösungen und einem grösseren Nutzen rechnen, andererseits gehe er das Risiko ein, am Schluss mit leeren Händen da zu stehen.

Wenn dieses Vorgehen Schule mache, werde in absehbarer Zeit kein Quartierplanverfahren mehr eingeleitet. Mit anderen Worten, müssen bereits bei der Erstellung des Nutzungsplanes die Vorhaben transparent deklariert werden.

://: Der Landrat stimmt der Ueberweisung der Motion 2001/114 als Postulat an die Regierung grossmehrheitlich zu.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1097

26 2001/116**Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Optimierung des kantonalen Bewilligungswesens (Verkürzung der Bearbeitungszeiten)**

Landratspräsident **Peter Brunner** informiert, dass die Regierung das Postulat entgegennehme, dazu jedoch eine Erklärung abgeben wolle.

RR **Andreas Koellreuter** bemerkt, dass auf Anhieb das Postulat "sehr flott daherkomme".

Auf den zweiten Blick stelle man aber fest, dass sich daraus ev. eine Lebensstelle ergeben könnte.

Wenn die Gesetzessammlung und sämtliche vorhandenen Leistungsaufträge plus die Dokumente sämtlicher Dienstleistungen zusammengetragen werden müssten, würde dies zu einem Riesenprojekt führen.

Die Regierung sei zwar bereit die Thematik anzugehen, nehme sich jedoch die Freiheit heraus, dass wenn man feststelle, dass der Aufwand/Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehe, dies in einem Bericht festgehalten und die Uebung abgebrochen werde.

Prinzipiell seien mit den Leistungsaufträgen die Forderungen der Interpellanten bereits grossteils erfüllt.

Was zum heutigen Zeitpunkt noch fehle sei die Betriebsbuchhaltung, die das Ganze mittels Zahlen dokumentiere.

Wenn das Postulat in der vorliegenden Form überwiesen werden soll, empfehle er dieses zur Ablehnung. Wenn es jedoch im Sinn und Geist der Regierung gedacht ist, erklärt sich die Regierung bereit, das Postulat mit dem dafür notwendigen Handlungsspielraum entgegen zu nehmen.

Ursula Jäggi bedankt sich bei der Regierung und erklärt sich bereit, das Postulat in der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Form zu überweisen.

Sie müsse allerdings dazu sagen, dass von den Wirtschaftsvertretern mit hartnäckiger Konstanz darauf hingewiesen werde, dass die Bewilligungsverfahren zu schwerfällig seien und zu lange dauern.

Aus diesem Grunde wolle man der Sache nun auf den Grund gehen.

Dieter Völlmin äussert sich befriedigt darüber, dass die Postulantin dem Vorschlag des Regierungsrates zustimmt, ansonsten die SVP Fraktion den Antrag auf Abweisung gestellt hätte, da sie ebenfalls der Meinung ist, dass das Verhältnis Aufwand/Ertrag nicht übereinstimmt.

Ausserdem sehe er in den Vorwürfen bezügl. der zu langen Bearbeitungszeiten eher ein reflexartiges Argument. Man müsse anerkennen, dass sich die kantonalen Instanzen in den letzten Jahren sehr bemüht haben die Bewilligungsabläufe zu beschleunigen und zu vereinfachen.

RR Andreas Koellreuter meint, es gebe zwar ab und zu problematische Situationen, warnt jedoch davor, sich von den vorgebrachten "Allgemeinplätzen" zu stark beeinflussen zu lassen.

Als positives Beispiel, welches der Kollegin Elsbeth Schneider laufend Komplimente einträgt, kann das Baubewilligungsverfahren angeführt werden.

Man bemühe sich kontinuierlich die Bewilligungszeiten in allen Bereichen so gut wie möglich zu optimieren.

Peter Tobler weiss aus persönlicher Erfahrung, dass die Aemter im Baselbiet in der Regel speditiver arbeiten als diejenigen in der Stadt.

Da ihn interessiert hätte, was im Kanton Baselland alles bewilligungspflichtig ist, sei er über den raschen Rückzug der Interpellantin etwas betrübt.

Für **Ursula Jäggi** bedeutet ihr Angebot nicht, dass sie auf ihre Forderung verzichtet. Sie habe jedoch mit ihrem Vorstoss nicht beabsichtigt das Bewilligungswesen zu kritisieren.

Dölf Brodbeck begrüsst und unterstützt den Vorschlag des Regierungsrates.

Er finde es sinnvoll mit einem Pilot zu starten und nicht gleich sämtliche Prozesse unter die Lupe nehmen zu wollen. Dies würde zu einem Zeitaufwand von zwei bis drei Jahren führen.

://: Der Landrat überweist das Postulat an die Regierung.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

*

Nr. 1098

27 2001/141

Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Gesetz über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Peter Brunner orientiert, dass die Regierung die parlamentarische Initiative zum Gesetz über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung ablehnt.

RR Peter Schmid bescheinigt dem Rat, dass es sich bei der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung um ein hochaktuelles Thema handle.

Der Landrat hat am 4. März 1999 aufgrund einer Motion Eric Nussbauers "Kantonales Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" darüber beraten.

Damals wurde die Motion abgelehnt, da der Motionär an der Motion als solche festhielt und einer starken Vertretung im Rat die etwas zu absolute Formulierung zu weit ging.

Daraufhin hat sich Eric Nussbaumer entschieden einen modifizierten Vorstoss einzureichen, welcher am 2. September 1999 vom Landrat überwiesen wurde.

Mit der Motion verlangte Eric Nussbaumer einen Bericht der Regierung zum Thema familien- und schulergänzende Familienbetreuung.

Der Bericht wurde von der Regierung an ihrer Sitzung vom 11.4.2000 einer Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben.

Die Arbeitsgruppe befindet sich momentan in der Schlussredaktion. Es werden darin drei Szenarien mit drei Kostendimensionen zwischen 25 - 80 Mio. Franken vorgestellt.

Diese Kosten führen dazu, dass sich die Regierung etwas schwer tut, den Bericht zum heutigen Zeitpunkt zu verbreiten.

Bevor in der wichtigen Frage der Finanzen nicht Klarheit herrscht, wäre es etwas allzu gewagt ein Gesetz zu konzipieren, ohne dessen Folgen genau zu kennen.

Nach Vorliegen des Berichts werde die Regierung sich ein Bild über die finanzielle Dimension machen können.

Klar sei, dass wenn effektiv ein familien- und schulergänzendes Angebot institutionalisiert werden soll, es dazu einer gesetzlichen Grundlage bedarf.

Um die Reihenfolge des Ablaufs einhalten zu können empfiehlt deshalb der Regierungsrat die parlamentarische Initiative abzulehnen.

Eric Nussbaumer meint, dass wenn man nun wisse, was das Ganze koste, alle zusammensucken und die Angelegenheit damit erledigt sei.

Da er vom grossen Anteil der Befürworter überzeugt sei, setze er trotz allem seine ganze Ueberzeugungskraft ein.

Dass in diesem Bereich Handlungsbedarf bestehe sei inzwischen den meisten Parteien in unzähligen Kantonen klar geworden.

Er würde es sehr begrüssen, wenn der Rat der Initiative zustimmen könnte.

Den Weg der parlamentarischen Initiative habe er gewählt,

weil man sich zu diesem Thema schon mehrfach Gedanken gemacht habe, die Konkretisierung jedoch bis heute auf sich warten liess.

Die parlamentarische Initiative zu unterstützen bedeute nichts anderes, als dass der Rat die Initiative in die Kommission weiterleite, diese die Initiative bearbeite, und sie ins Parlament zurückbringe.

Er bitte deshalb den Rat um vorläufige Unterstützung der Initiative.

Christine Mangold bekräftigt namens der FDP Fraktion, dass es sich bei der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung um ein wichtiges Thema handle, welches angegangen werden müsse.

Kürzlich führte die FDP einen Workshop durch, bei welchem sie der Frage nachging, ob sich das Familien- und Erwerbsleben noch im Einklang befindet.

Für die FDP ist es keine Frage, dass ein Angebot für die Kinderbetreuung benötigt werde, wobei mit der parlamentarischen Initiative der falsche Weg gewählt wurde.

Bei näherer Betrachtung der Gesetzesvorlage werde rasch klar, dass darin in erster Linie die finanzielle Unterstützung von Kanton und Gemeinden für die ergänzende Familienbetreuung geregelt werden soll, wobei mit keiner Zeile erwähnt wird, wie hoch sich die Kosten schlussendlich belaufen.

Da die Kinderbetreuung vor allem die Kinder bis ins Primarschulalter betrifft, werden vorwiegend die Gemeinden belastet werden. Deshalb sei es erforderlich, dass die Diskussion in einem ersten Schritt auf dieser Ebene stattfinde.

Die FDP stellt sich auf den Standpunkt, dass vor einem Entscheid die Resultate der Arbeitsgruppe abgewartet werden müssen.

Weiterhin diskutiere die Erziehungs- und Kulturkommission zur Zeit das neue Bildungsgesetz. Auch hier habe sich die Ansicht durchgesetzt, dass diverse Punkte bereits mit dem Bildungsgesetz diskutiert werden müssten.

Abschliessend bemerkt Christine Mangold, dass sie sich kundig gemacht habe bezüglich dem Vorgehen bei einer parlamentarischen Initiative. Dabei habe sie festgestellt, dass für das Einreichen einer solchen 12 Unterschriften erforderlich seien. Würde dies bedeuten, dass die Initiative 12 Unterschriften aufweisen müsste.

Peter Brunner erklärt, dass wenn die Initiative von einer Fraktion mit einer Mindestanzahl von 12 Mitgliedern eingereicht werde, sie damit gültig sei.

Rita Bachmann führt aus, dass die parlamentarische Initiative in der CVP/EVP Fraktion eine knappe Mehrheit gefunden hat. Man sie jedoch der Ansicht, dass vor der Entscheidung zu einem neuen Gesetz unbedingt detaillierte Angaben benötigt werden.

Aus diesem Grunde stelle sie den Ordnungsantrag, das Geschäft 2001/141 zurückzustellen, um es gemeinsam mit dem Bericht der Motion 98/074 zu behandeln.

Sie finde es unfair, dass zu einem Geschäft Stellung bezogen werden müsse, dessen Auswirkungen nicht bekannt seien.

Sie bittet den Rat, dem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Peter Brunner eröffnet die Diskussion zum Ordnungsantrag.

Eric Nussbaumer bemerkt, dass das Anliegen des Ordnungsantrages zwar berechtigt, im Wesen der Initiative jedoch bereits enthalten sei.

Eine parlamentarische Initiative zu unterstützen bedeute eine Vorlage, welche aus dem Parlament komme, an die Kommission zur Beratung weiterzuleiten. Erst nach der Bearbeitung in der Kommission gelangt die definitive Fassung vors Parlament.

Peter Tobler bemerkt, dass Gegenstand des Ordnungsantrages eine Motion sei, welche er nicht präsent habe.

Bruno Steiger ist erbost darüber, dass die Stellungen der übrigen Fraktionssprecher mit dem Ordnungsantrag abgewürgt werden.

Der Landratspräsident **Peter Brunner** stellt klar, dass über einen Ordnungsantrag umgehend abgestimmt werden muss.

Nach einer allfälligen Ablehnung werde die Diskussion fortgesetzt.

://: Der Landrat lehnt den Ordnungsantrag Rita Bachmanns grossmehrheitlich ab.

Peter Brunner teilt mit, dass nun mit der Diskussion fortgefahren werden könne.

Hanspeter Ryser führt aus, dass das Thema der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung auch die Gemeinden stark beschäftige.

Es könne jedoch nicht sein, dass ohne genaue Angaben ein Blankocheck erteilt werde.

Aus diesem Grund lehne die SVP Fraktion den Schnellschuss ab und warte auf eine gute Vorlage der Regierung.

Bruno Steiger zeigt sich erstaunt, dass man so tue, als sei bis heute in diese Richtung noch nichts unternommen worden. Es gebe in zahlreichen Gemeinden einen Mittagstisch, so z.B. auch in Allschwil.

Es gehe aber keinesfalls an, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehen. Eine gewisse Eigenverantwortung dürfe zudem noch erwartet werden, man könne nicht alle Aufgaben dem Staat überwälzen.

Madeleine Göschke ist überzeugt, dass der Rat davon Kenntnis hat, dass ein Grossteil der Mütter heute arbeiten. Mütter können ihren Beruf besser ausüben, wenn sie wissen, dass die Kinder gut betreut sind und gut betreute Kinder haben bessere Zukunftschancen, womit der Ertrag bereits definiert wäre.

Die Wirtschaft ist heute auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen, weshalb der Ausbau der Kinderbetreuung von praktisch allen Parteien gefordert wird. Damit avanciert die

Kinderbetreuung zu einem überparteilichen Thema.
Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung erhöht die Attraktivität des Arbeitsplatzes und des Wirtschaftsstandortes Baselland.
Das Hauptziel der Initiative besteht darin, dass der Kanton seine Verantwortung in diesem Bereich wahrnimmt.
Die parlamentarische Initiative ist eine logische Folge der sechs am Anfang der Initiative erwähnten Vorstösse.
Ein derart dringendes Anliegen dürfe nicht an der Angst vor den Kosten scheitern.

Peter Brunner bricht an dieser Stelle aus Zeitgründen die Sitzung ab.

Paul Schär ist der Meinung, so nicht !!!

Peter Brunner erklärt sich bereit, mit der Sitzung fortzufahren, bittet jedoch den Rat, sich kurz zu fassen.

Maya Graf weiss, dass das Instrument der parlamentarischen Initiative selten angewendet wird und darum relativ unbekannt ist.

Beim Konsumkreditgesetz habe man das Verfahren ebenfalls angewandt. Es werde analog einer Vorlage aus der Regierung vorgegangen, mit dem einzigen Unterschied, dass die Initiative aus dem Parlament komme.

Sie sehe darin eine Chance, die Arbeit des Parlamentes zu stärken.

An die Adresse Hanspeter Rysers meint sie, eine gute Vorlage müsse nicht zwingend von der Regierung kommen.

Elisabeth Schneider appelliert an den Rat, die in der parlamentarischen Initiative vorgeschlagenen Massnahmen zu unterstützen.

Beatrice Geier will sich nicht überrollen und zu keinem Schnellschuss verleiten lassen.

://: Der Landrat lehnt die Ueberweisung der parlamentarischen Initiative mit 38:31 Stimmen ab.

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 1099

2001/153
Interpellation von Dieter Völlmin vom 31. Mai 2001: Stauraum für 350 Lastwagen zwischen Lausen und Sissach

Nr. 1100

2001/154
Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland

Nr. 1101

2001/155
Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung

Nr. 1102

2001/156
Interpellation von Ruedi Zimmermann vom 31. Mai 2001: Besteuerung von Cannabis

Zu allen Vorstössen kein Wortbegehren

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

Verabschiedung Maya Grafs aus dem Landrat

Peter Brunner verabschiedet Maya Graf mit folgenden Worten:

"Liebe Maya"

Seit 1995 im Landrat, bist Du als charmante und engagierte Landrätin der Grünen im Baselbiet bekannt.

Schwerpunkt Deiner Arbeit waren vor allem Umweltschutzanliegen, soziale Themen und der Schutz der Minderheiten. Deine Wiederwahl in den Landrat hast Du mit einem Traumresultat geschafft, sodass sich eine persönlich Würdigung eigentlich erübrigen würde, denn Deine Wählerinnen und Wähler haben Deine Arbeit im Landrat bereits mit Bestnoten honoriert.

Dies, obwohl der Start im Landrat für Dich nicht einfach war, da in der ersten Zeit auch noch Dein Vater als Vertreter der SVP und angesehene Persönlichkeit im Landrat aktiv politisierte.

Persönlich war ich damals sehr gespannt, wie sich die Situation Vater - Tochter, ausgestattet mit zwei teilweise recht unterschiedlichen politischen Ideologien im Landrat auswirken würde. Jedoch wurde nichts aus der vielerorts erwarteten Familienfehde Graf gegen Graf.

Ihr habt Euch zwar in den meisten Abstimmungen neutralisiert, aber das war's auch schon.

Du und Dein Vater haben über die Familienbande hinweg Euren politischen Wählerauftrag wahrgenommen.

Als Sozialarbeiterin, Landrätin und Fraktionspräsidentin der Grünen Fraktion war es Dir immer ein Anliegen, als Anwältin vieler Minderheiten des Kantons deren Interessen aktiv zu vertreten.

Dank Deiner Ueberzeugungskraft hast Du es verstanden, viele Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher Parteien, ja sogar Regierungsratsmitglieder, für Dein gesellschaftspolitisches Engagement zu gewinnen.

In all den Jahren hast Du es aber auch verstanden, mit Deinem Charme und Deiner persönlichen Liebenswürdigkeit den politischen Gegner zu gewinnen. Oft konntest Du sie sogar von Deinen Anliegen überzeugen.

Mit Deinem Rücktritt verliert der Landrat eine große

Persönlichkeit und eine Politikerin, welche für viele Baselbieterinnen und Baselbieter Hoffnung und Vorbild war.

Man darf Dich in einem gewissen Sinne als das soziale Gewissen des Oberbaselbiets bezeichnen.

Als Nationalrätin wirst Du Dich in Zukunft auf Bundesebene engagieren. bestimmt eine sehr interessante Aufgabe, zumal in Bern Politikerinnen Deines Formats einen massgeblichen Einfluss auszuüben vermögen.

Wir wünschen Dir im neuen politischen Amt viel Erfolg und Befriedigung und hoffen, dass Deine Stimme, wie im Baselbiet, große Anerkennung und Zustimmung findet.

Liebe Maya, wir danken Dir für Deinen grossen Einsatz, welcher manchmal die Fraktionsgrenzen sprengte und wünschen Dir in Bern alles Gute."

Mit diesen Abschiedsworten beschliesst der Landratspräsident **Peter Brunner** um 17.10 Uhr die Sitzung.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

7. Juni 2001

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: